

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 5/6, und durch Kioskhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.84.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühren beträgt für die einseitige Colonne oder deren Raum 25 Pfennige für Anzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Anzeigen 35 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 137.

Breslau, Donnerstag, den 15. Juni 1911.

22. Jahrgang.

Der Zusammenbruch.

Die Wahlen in Oesterreich.

Am Morgen des 14. Juni liegen in Deutschland fast noch gar keine Meldungen über den Ausgang der österreichischen Parlamentswahlen vor. Die ungeheure Menge der Kandidaten — über 2000 —, die große nationale und geographische Zersplitterung der Wahlkreise, besonders in den an unseren Grenzen liegenden Kronländern, erschweren anscheinend die Feststellung der Resultate.

Die einzige knappe Nachricht, die noch in der Nacht Verbreitung fand, stammt aus Wien und Niederösterreich; sie macht den vielfach erwarteten totalen Zusammenbruch der Christlichsozialen, dieser Zentrums-Partei im schwarz-gelben Zeichen, zur Gewissheit. Wie ein Signal wirkte in der österreichischen Hauptstadt das erste Wahlergebnis. Der Führer der Christlichsozialen, Albert Gschmann, der sich gesichert glaubte, wenn er seine Wiener Kandidatur mit einer ländlichen in Niederösterreich vertauschte, ist auch in seinem neuen Wahlkreis nicht zum Siege gelangt, sondern steht in einer vollkommen aussichtslosen Stichwahl mit dem Deutschnationalen, wobei die Sozialdemokraten den Ausschlag geben — natürlich zu seinen Ungunsten.

Viel vernichtender aber fiel das Volksgesicht in der Hauptstadt selbst aus. Wien verfügt über 13 Wahlkreise; vor vier Jahren spielte sich der Hauptkampf nur zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ab, und nach Erledigung der Stichwahlen war die Hauptstadt durch 20 Christlichsoziale, 10 Sozialdemokraten und 3 Liberale im Parlament vertreten. Von ihren zwanzig Mandaten errangen damals die Christlichsozialen in der Hauptwahl bereits 18, in der Stichwahl nur noch zwei. Gestern wurden in der ganzen Stadt nur 2 Christlichsoziale gewählt, in 20 Kreisen müssen sie sich erst in der Stichwahl verteidigen, und eine große Zahl davon wird für sie nicht mehr zu halten sein. Sicher sind die frommen Herren ihrer Kreise nur dort, wo sich zwei von ihnen um ein Mandat härgten, was in den verschiedensten Wahlbezirken vorgekommen ist. Die große Zersplitterung der Stimmen, die infolgedessen eintrat, hat auch allen anderen Parteien Stichwahlen aufgezwungen; endgültig gewählt sind außer den beiden Christlichsozialen nach den ungenauen Mitteilungen der ersten Telegramme sieben Sozialdemokraten „und Liberale“ und ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei. Die Sozialdemokratie ist ferner an 13 Stichwahlen in der Hauptstadt beteiligt, hat also bei dem voraussichtlichen wahltaktischen Zusammengehen mit den Liberalen begründete Aussicht, noch eine ganze Anzahl Mandate zu erobern. Schon dieses Teilergebnis berechtigt uns, den Wiener Genossen unseren herzlichsten Glückwunsch für den erfolgreichen ersten Wahlgang zu übermitteln, den sie unter so ungünstigen Umständen durchgesetzt haben. Sie haben die antisemitisch-meritale Herrschaft der Christlichsozialen, dieser Erben des verhimmelten Bürgermeisters Laueger, endgültig gebrochen! Das ist ein politisches Ereignis ersten Ranges.

Wie weit sich die weniger hoffnungsvollen Prophezeiungen für Böhmen bewahrheitet haben, darüber liegen uns zur Stunde noch keine Nachrichten vor.

Ein Girsch-Telegramm vom 11. Juni, Vormittags 8 Uhr, bekündigt den totalen Zusammenbruch der Christlichsozialen; kein Hauptführer dieser Partei wurde wiedergewählt. In Böhmen und Oberösterreich hat dagegen die sozialdemokratische Partei infolge der nationalen Streitigkeiten und der bürgerlichen Koalition acht Mandate verloren — ein Verlust, der leider vorauszu sehen war, und der durch die Gewinne in Wien hoffentlich wieder ausgeglichen wird. Während die slavischen Parteien ihren alten Bestand behaupten, haben die Deutschfreiheitlichen in Böhmen mehrere der von uns verlorenen Mandate erobert und hoffen auch in einigen Stichwahlen zu liegen. Ihre Erwartung, den Sozialdemokraten die Hälfte der Mandate abzunehmen, haben sie jedoch arg zurück-schrauben müssen. Daß unsere Partei die große Anzahl böhmischer Mandate, die 1907 durch Ueberrumpelung der unorganisierten Gegner gewonnen wurden, diesmal nicht halten konnte, war vorauszu sehen, und infolgedessen bedeutet der Ausfall in diesem Kronlande keinerlei Enttäuschung.

Wien, 13. Juni. Die Wahlen haben in ganz Oesterreich heute früh begonnen. In Wien haben die Wahlen von 6 Uhr Morgens an in allen Bezirken ihren Anfang genommen und dauern bis 5 Uhr Nachmittags; hierauf wird das Stimmenskrutinium vorgenommen. Gewählt wird in 380 Wahllokalen. In den frühen Morgenstunden genügten die Arbeiter ihrer Wahlpflicht, dann kamen die Beamten, im Laufe des Nachmittags dürfte die Bewegung eine stärkere werden. Die Entscheidung wird auch diesmal in mindestens der Hälfte der Wiener Bezirke in den Stichwahlen erfolgen. Schon 1907 hatte sich herausgestellt, daß die Mehrheit der Wahlberechtigten in Wien nicht christlichsozial gewählt hatte. Von den 366.958 Wahlberechtigten waren 225.276 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten die Christlichsozialen 159.306, also weniger als

die Hälfte. Für die Sozialdemokraten wurden 124.756 Stimmen abgegeben. Die freiwählbaren Kandidaten erhielten damals in Wien 32.922 Stimmen; über 7000 Stimmzettel waren leer, also ungenügend. Der Rest entfiel auf die Tschechen und zionistischen Wahlkandidaten.

Wien, 14. Juni. Reichstagswahlen. Bis Mitternacht waren 150 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt sind 24 Christlich-Soziale, 17 Sozialdemokraten, darunter drei tschechisch-autonomistische, 18 Mitglieder des Tschechenklubs, 12 Deutsch-Fortschrittler, ein Mitglied der deutschen Arbeitspartei, ein konservativer Pole, zwei Kandidaten der slowenischen Volkspartei, drei der italienischen Volkspartei. Unter den Gewählten befinden sich der Führer der Jungtschechen, Kramarich, und der Deutschösterreichische Wolf. 72 Stichwahlen sind erforderlich.

Prag, 13. Juni. In Deutschböhmen wird die Entscheidung in fast siebenzig Prozent der Bezirke erst in der Stichwahl fallen. Man glaubt vielfach, daß die Sozialdemokraten beider Nationen in der jetzigen Wahl eine Anzahl Mandate an bürgerliche Abgeordnete werden abgeben müssen. Von politischem Interesse ist der Kampf bei den Deutschen in Rumburg, wo der Meritale gegen einen Sozialdemokraten steht, wie überhaupt die Meritale mit großen Anstrengungen in Böhmen festen Fuß zu fassen suchen, ferner in Teschen-Land, wo der Führer der deutschen Sozialdemokraten in Böhmen, Seliger, sich nur mit größter Mühe gegen einen Deutschbürgerlichen und einen tschechisch-separatistischen Sozialdemokraten verteidigt.

Politische Uebersicht.

Kapitalisten Deutschlands, vereinigt Euch!

Von der Emanzipation des vierten Standes, dem Befreiungskampf des Proletariats, spricht die Welt seit zwei Menschenaltern. Der Hansatag, der am letzten Montag, den Spuren des Bundes der Landwirte folgend, im Berliner Sportpalast Meerchau hielt, ruft dagegen auf zur Emanzipation des Kapitalismus. Handel, Industrie und Gewerbe finden im Deutschen Reich nicht die gebührende Berücksichtigung, die Stände des schaffenden Bürgertums werden gegenüber den Herren des besitzenden Großgrundbesitzes zurückgesetzt, die Interessen des mobilen Kapitals durch eine einseitig-überagrarisches Steuer- und Zollpolitik arg benachteiligt. In der Regierung, der Verwaltung, der Diplomatie, dem Heer gilt nur, wer zum Junkertum gehört oder nach seiner Pflanze zu tanzen gewillt ist. Der vom Kastengeist beherrschten Bürokratie fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, fehlt der kaufmännische Geist. Darum ruft der Hansatag: Kapitalisten Deutschlands, vereinigt Euch. Brecht die Uebermacht des Grundbesitzes, schafft Euch die politische Stellung, die Eurer wirtschaftlichen Position entspricht.

Herr Stresemann, der einiges aus den Marginalen Theorien profitiert hat, und sich darum für berufen hält, mit einer negierenden Handbewegung vom „Dogmatismus des Klassenkampfes“ zu sprechen, hat auf diesem Hansatag gar nicht übel über die „Anomalie der Entwicklung“ gesprochen, die ungewissheit darin liegt, daß im preussischen Staat zwei so weltverschleiende Dinge nebeneinander existieren können, wie beispielsweise die rheinisch-westfälische Industrie und die innere Verfassung des preussischen Herrenhauses. Auf der einen Seite eine kapitalistische Hochblüte, wie sie höchstenfalls in amerikanischen Verhältnissen ein Gegenstück findet, auf der anderen eine politische Ohnmacht der Großbourgeoisie, wie man sie in keinem anderen Lande der zivilisierten Welt kennt! Herr Stresemann hätte sagen können, daß der politische Ueberbau der Gesellschaft in Deutschland ihrer ökonomischen Struktur nicht mehr entspricht. Das ist die Anomalie der Entwicklung, die wir in Preußen-Deutschland zu verzeichnen haben, und aus ihr erklärt sich die mehr als fonderbare Erscheinung einer rebellierenden Bourgeoisie in dem ersten Industriestaat der alten Welt.

Auch der erste Hansatag, wie seinerzeit die Gründungsversammlung des Bundes im Zirkus Schumann stand im allgemeinen noch unter der Parole: „Scharf gegen rechts!“ Dennoch hätte es der hin und wieder dazwischen gestreuten Ausfälle nach links nicht bedurft, um das Verhältnis der Sozialdemokratie, des organisierten Proletariats zu den Hansatagbestrebungen in klarem Licht zu rücken. Wenn Herr Nieber von dem Hansatage spricht als dem Vertreter des mobilen Kapitals und des gesamten Bürgertums, zu welchem letzterem sich hinzuzuzählen auch dem Arbeiterstande gestattet wird, wenn Herr Stresemann die Interessensolidarität zwischen Chef und Angestellten predigt, wenn Herr Marquart, der Führer des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes von 1858 und Hansatagkandidat für Eisenach, desgleichen tut, und Herr Nieber für die Aufstellung von Angestelltenkandidaturen öffentlich seinen ergebenen Dank zu Füßen legt, so sind das alles Dinge, über die dem Sozialdemokraten von heute wenig zu sagen übrig bleibt, denn sie sind ja längst erledigt und entschieden. Den Prozeß zwischen Sozialdemokratie und Ferdinand Lassalle wieder aufzunehmen, lohnt sich wahrscheinlich nicht, nachdem die geschichtliche Entwicklung von 47 Jahren ihr Richterwort gesprochen hat. In einer Welt, die vom Nierenkampf der Arbeit gegen das Kapital widerhallt, verklingen die Stimmen, die von Solidarität und Harmonie der Stände reden.

Nie wird sich die Masse der Arbeiterschaft in die Rolle jener Bankromms finden, die am Montag den

Neben der „Vertreter des mobilen Kapitals“ kritisches Beifall klafften. Andererseits: so wenig die Arbeiter gewillt sind, das aus der Kumpfkammer der Dutzardökonomie hervorgeholte Evangelium der wirtschaftlichen Harmonie auch nur einen Augenblick ernst zu nehmen, so wenig sie daran denken, von ihren Ansprüchen an die Gegenwart und ihren Forderungen an die Zukunft auch um ein Äpfelchen preiszugeben, so wenig werden sie die geschichtlich bedingte Berechtigung verkennen, die den Hansatagbestrebungen zur Stütze dient. Die Stellung der Bourgeoisie im politischen Körper des deutschen Reichs entspricht nicht ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, das ist hundert- und tausendmal in sozialdemokratischen Zeitungen und Versammlungen ausgesprochen worden, lange noch, ehe ein Hansatag erschien, um diese Wahrheit nun auch für sich zu entdecken. Es scheint, daß dem deutschen Proletariat die historische Aufgabe zugefallen ist, nicht um sich selber, sondern auch seine Gegner zu politischem Denken zu erziehen!

Doch wenns gelingt, soll es uns freuen. Ein Machtkampf der Großbourgeoisie gegen das Junkertum — sollte aus ihm ernst werden, woran noch immer ein gelinder Zweifel berechtigt ist — würde das Proletariat zwar nicht im Trost der Bourgeoisie aber auch ganz gewiß nicht auf Seiten des Junkertums finden. In klarer Erkenntnis gegebener Entwicklungsnotwendigkeiten wünscht die Sozialdemokratie mit den politischen Anomalien im Deutschen Reich aufzuräumen, die Junkerherrschaft zu brechen, Kastenprivilegien zu beseitigen und eine Staatsverfassung zu schaffen, die dem Stande der kapitalistischen Entwicklung entspricht, eine demokratische Verfassung, wie sie in allen anderen Ländern kapitalistischer Kultur längst besteht. Die Bourgeoisie vermag gegen das Junkertum nicht das Kleinste auszurichten, wenn sie nicht dem demokratischen Prinzip Zugeständnisse macht. In diesem Sinn kann uns der etwas verspätete Befreiungskampf der Großbourgeoisie nur recht sein. Denn der Kapitalismus muß sich in Deutschland erst emanzipieren, damit sich das deutsche Volk vom Kapitalismus emanzipieren kann!

Der Präsident des Hansabundes, Herr Justizrat Nieber, haite in seinem Schlusswort gegen die „Agrardemagogen“ folgende Ausführungen gemacht:

„Noch immer glauben nicht wenige, welche eine nervöse Angst vor ihrer eigenen Courage haben (Große Deutlichkeit), sich entschuldigen zu müssen, wenn sie einmal eines selbständigen Schrittes nach vorwärts schuldig gemacht haben und es scheint Parteien zu geben, die einen besonders hohen Prozentsatz solcher tapferen Umwärtler auf den politischen Jugendpreis in ihren Reihen aufzuweisen haben. (Erneuter heiterer Beifall.) Die einen schwanken und „warten ab“ aus überer Gewohnheit oder weil sie solange die Regierung noch keinen anderen Kurs eingeschlagen hat, vorziehen, papabiles zu bleiben. (Sehr gut.)

Gene politische Philister

aber, der von jeher mehr das Zeug zu einer dienenden Maad als den Willen zur politischen Macht besaß, findet sich leider auch in einer Legion ausgewachsener Exemplare in gewissen politischen Parteien. Man erkennt hier immer noch nicht, wie die Sammlung gegen die Sozialdemokratie mehr und mehr in eine

Sammlung aller rückständigen Elemente

gegen das vorwärtsstrebende Bürgertum sich verwandelt hat. (Stürmischer Beifall.) Statt politischer Eunoschen sind uns ganze Männer nötig, erfüllt von ihrer Pflicht, nicht um kleiner Differenzen willen die dringend nötige Einigung aller in den großen Zielen einiger Elemente zu gefährden. Wenn aber gar aus Gründen gewöhnlicher Parteilichkeit oder infolge des Schraiezes lokaler Größen die dringend nötige Einigung der ehrlich auf dem Boden unseres Wirtschaftsprogramms stehenden Elemente verhindert wird, so kann ein solches Verfahren, das den Gegner zum lahenden Dritten macht, nicht scharf genug verurteilt werden. (Laute Zustimmung.) Der Hansatag jedenfalls darf nach meiner persönlichen Ueberzeugung nicht ruhig zusehen, wenn offen oder geheim (Hört, hört!) Verjüngung gemacht werden, den Einigungsgedanken zu Fall zu bringen und so

den Gegnern direkt in die Hände zu arbeiten.

Jeder sei sich bewußt, daß die nächste Zeit über die Würdigung der gewerblichen Arbeit und die Stellung ihrer Vertreter im Staat, über die gesamte Wirtschaftspolitik und über die Zukunft des Bürgertums entschieden wird. Niemand vergesse, trotz aller Einfallungsversuche, daß in Jahrzehnten bis zu den letzten Tagen kaum je ein Gesetz gemacht wurde, in dem nicht Vorteile oder Ausnahmen zugunsten solcher Kreise bedungen wurden, die dem Staate finanziell möglichst wenig leisten wollen, aber möglichst viel von ihm zu fordern bestrebt sind. (Sehnsuchtige Zustimmung.)

Der Tag der Abrechnung

für diese egoistische Politik wird und muß im Interesse endlichen und dauernden Friedens kommen, solange er auch hinausgeschoben werden mag. Der Hansatag erwartet, daß an diesem Tage jeder seine Pflicht tue, jeder von denen, an die ich heute den ersten Ruf ergehen lasse: Bürger heraus!

Dieser Rede folgte ein Beifallssturm, der minutenlang anhielt, und der „Vorwärts“ sagt über sie: „Der Präsident, Herr Geheimrat Nieber, sprach anders (als Stresemann). Und wir müssen gestehen, der Energie, mit der dieser Mann den Kern der Sammlung gegen die Sozialdemokratie“ ausbedeut, gebührt Achtung. Es war ganz auffallend, mit welcher Schärfe Herr Nieber sich gegen diese Sammlung wendete, wie er sie als Dedmantel aller reaktionären Gelüste, aller agrarischen Wucherinteressen empfand, wie er klar und entschieden für die Reichstagswahlen die Parole „Alles auf gegen rechts!“

(ohne sie direkt so zu formulieren) aussprach, und wie er schlussendlich die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Erscheinungsform forderte. Anderswo wäre das vielleicht weiter nicht verwunderlich, aber Herr Steyer ist Geheimrat, und königlich preussischer dazu, und da ist schlechterdings überhaupt nichts mehr an politischer Einsicht zu verlangen.

Aber deshalb dürfen die „Kreuzzeitung“ und der „Reichsbote“ den Hansabund doch noch nicht als einen revolutionären Orden hinstellen. Denn man hochte und telegraphierte nicht nur den Kaiser als den „Schirmherrscher der Gleichberechtigung aller deutschen Arbeit“, sondern man erhob sich sogar bei der Verlesung des völlig in der konventionellen Form gehaltenen Danktelegramms.

Die Gastwirte und die kommenden Reichstagswahlen.

Am Dienstag, den 13. Juni, begann in Braunschweig der 13. deutsche Gastwirtstag. Zahlreiche Redner beschwerten sich bitter über die Wirkungen der Finanzreform für das Gastwirts-gewerbe; auch der noch immer herrschende Militärschulstoff wurde heftig verurteilt. Ein Wirt, Herzberg-Berlin, führte u. a. aus:

„Wir haben 37 Jahre lang unseren Patriotismus gezeigt und uns so verhalten, wie ein vaterlandsliebender Berufsstand sich verhalten muß. Aber uns liegt am nächsten unsere Existenz. Wir müssen nunmehr wissen, was wir zu tun haben, wie müssen denjenigen Faktor unserer Befehlsgebung, von dem allein eine Änderung erwartet werden kann, so gestalten, daß wir seiner Tätigkeit mit Vertrauen entgegensehen können. Ich denke da an die bevorstehenden Reichstagswahlen. Wenn der Minister des Innern erklärt hat, daß ein Vertreter unseres Gewerbes nicht fähig ist, ein öffentliches Amt zu bekleiden, und wenn man uns nicht einmal Zeugniseingaben gestattet, auf der anderen Seite uns wiederum alle Steuerlasten auferlegt, dann müssen wir bei den Wahlen Antwort geben.“

Einstimmig und beeheltes wird sodann die folgende von demselben Redner eingebrachte Resolution angenommen:

„Der in Braunschweig versammelte 83. Deutsche Gastwirtstag spricht seine volle Befriedigung über den Geschäftsbereich aus, soweit der Inhalt die Tätigkeit der leitenden Personen betrifft. Leider kann dieser Ausdruck der Befriedigung nicht auch auf den Teil des Berichtes ausgedehnt werden, welcher die Antworten auf die an die Behörden eingereichte Anträge und Petitionen enthält. Hierzu gehört die Einschätzung unseres Gewerbes in persönlicher und sachlicher Beziehung. Die Ablehnung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, die Verweigerung der Zahlung von Zeugniseingaben an unsere Berufsgenossen zeigt eine so geringe Einschätzung der deutschen Gastwirte, daß es eigentlich unverständlich ist, wie schnell sich die Behörden und Körperlichkeiten der von ihnen so minderwertig eingeschätzten Personen und Gewerbe wieder ermannen, wenn für allgemeine Bedürfnisse neue Steuern aufzubringen sind. Gegen diese unser Gewerbe herabwürdigenden Zustände erhebt die Verammlung energischen Protest. Eine Veränderung dieser Zustände ist nur von einer anderweitigen Zusammenlegung des Reichstages zu erwarten, es muß deshalb dringend geordert werden, daß sich die Gastwirte einmütig an den bevorstehenden Reichstagswahlen beteiligen, damit endlich ein Reichstag zusammenkommt, der seine Beschlüsse nach dem Grundsatz: Gleiche Rechte, gleiche Pflicht.“

Bei uns zu Lande geben die Gastwirte leider nur zu oft die freiwilligen und gefügigen Hülfstrappen der Reaktion ab. Fürcht vor den Behörden und den Patrioten führt sie in Stadt und Land zur größten Angst vor freiwilliger politischer Betätigung.

Der falsche Fahnenstreik. Herr Diederich Hahn, der Händlereidirektor, der im Reichstage jeden finanziellen Zusammenhang mit dem „Neuen Preussischen Lehrerverein“ leugnete, wird jetzt von einem Lehrer a. D. Drupp-Ragonnen in einer Weise bloßgestellt, die Herrn Hahn als Apffel für die deutschen Ideale, zu denen doch die Wahrschuldigkeit zählt, recht fein kennzeichnet. Der genannte Lehrer, der übrigens der freikonservativen Partei angehört, hatte anfänglich der Erziehung in Ostpreußen mit Dr. Hahn vor

Zeugen folgende Unterhaltung, die er jetzt in der „Lehrzeitung für Ost- und Westpreußen“ veröffentlicht:

„Sie haben, Herr Doktor, heute für Einigkeit und festes Zusammenhalten der Landwirte recht schön gesprochen. Ein Zusammenschluß zur Wahrung der Landesinteressen ist in jedem Stande notwendig. Auch wir Lehrer haben Einigkeit und Zusammenhalt nötig.“

„Haben Sie ja auch!“

„Wenn Sie das einsehen, dann begreife ich schwer, wie Sie den Preussischen Lehrerverein zer-splittern helfen können.“

„Ich?“

„Gewiß! Denn Sie haben zu diesem Zwecke Mittel zur Verfügung gestellt. Man spricht schon von 80 000 Mark.“

„Wer hat Ihnen das gesagt?“

„Ihr vertraulicher Brief.“

„Ach, Sie meinen den? Der galt nur den Lehrern der Provinz Hannover.“

„So viel ich heraussiehe, ist er aber an die Herren konservativen Abgeordneten und Führer des Bundes aller Provinzen gerichtet.“

„Und was wollen Sie nun von uns?“

„Bei Ihren Wahlreisen ist Ihnen wohl ebenso aufgefallen wie mir, daß die Landwirte bei den Versammlungen nur sehr vereinzelt vertreten waren. Sie sind empört über die kurzfristige Politik der Agrarkonservativen, welche den § 89 in das Schulunterrichtsgesetz gebracht hat, und ebenso empört über das Zusammengehen der Gleichstellungs-Freunde mit dem Bunde.“

„Wir haben die Herren nicht gesucht; sie sind selbst zu uns gekommen. Die Herren Pieper usw. sind an mich herangetreten mit der Erklärung: Wir haben uns vom Preussischen Lehrerverein getrennt; denn er vertritt nicht die Interessen der Landwirte, er gegen die Gleichstellung und hängt dem Liberalismus an. Wir wollen nun ein eigenes Blatt gründen und durch dieses Mitglieder gewinnen. Das Kapital, welches wir aufgebracht, reicht aber zur Begründung und Erhaltung der Zeitung nicht. Wir bitten daher um die Hilfe des Bundes der Landwirte. Ich habe darauf mit den Herren einen Vertrag abgeschlossen, die Mittel zur Verfügung gestellt und kann den Vertrag einseitig nicht aufgeben, will's auch nicht.“

Der Herr Diederich Hahn, der hier offen zugibt, daß er im Auftrage des Bundes die Mittel zur Verfügung gestellt und die Gründer des Lehrersplitterungsvereins sogar kontraktlich verpflichtet hat, besaß dann die Kühnheit, von der Reichstagstribüne herab jede finanzielle Unterstützung des Bundes an den Neuen Preussischen Lehrerverein zu leugnen. Bei den patentierten „Hütern deutscher Sitten“ scheint das nicht weiter zu verschlagen.

Ein Programm von Bebel bis Wassermann.

Auf dem Berliner Samstag gelangte ein wirtschaftspolitisches Handbuch des Hansabundes zur Verteilung, das zu 6 Pf. das Stück bei Ankauf von 5000 Exemplaren freigegeben werden soll. Dieses Buch, oder richtiger Heftchen, bringt neben allseitigen statistischen Daten auch eine Zusammenfassung der Programme der großen politischen Parteien, in der natürlich auch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie nicht fehlt. Als Forderungen des Erfurter Programms für „Landwerk und Kleingewerbe im Besonderen“ werden hier u. a. aufgeführt:

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, Treu und Glauben in Handel und Wandel zu bewahren... Fortschrittige Entlohnung des freien Lohnes... Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in nachweislich mit Gefahren für die Gesundheit verbundenen Betrieben. Im übrigen jedoch Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des arbeitenden Mannes; Schutz des freien Arbeitsvertrages.

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die Gemeinschaft der Interessen des Arbeitgebers und seiner Arbeiter hervorzuheben und zu fördern... Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in nachweislich mit Gefahren für die Gesundheit verbundenen Betrieben. Im übrigen jedoch Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des arbeitenden Mannes; Schutz des freien Arbeitsvertrages.

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die Gemeinschaft der Interessen des Arbeitgebers und seiner Arbeiter hervorzuheben und zu fördern... Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in nachweislich mit Gefahren für die Gesundheit verbundenen Betrieben. Im übrigen jedoch Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des arbeitenden Mannes; Schutz des freien Arbeitsvertrages.

Was ist da passiert? Ganz einfach: die einigende Kraft des Meistens hat das sozialdemokratische Programm mit Teilen des nationalliberalen zur höheren Einheit verschmolzen. Dem nationalliberalen Programm wurde das sozialdemokratische Schwanzglied abgeschritten, und das sozialdemokratische Programm erhielt zugleich einen ganz unverdienten „Wurzelschutz“. Der Herr Redakteur des Wirtschaftspolitischen Handbuchs aber hat von alledem nichts bemerkt, und so gebar der Zufall das künftige Werk, das Freunden des Humors mit 6 Pfennig das Stück nicht zu teuer erkauft sein wird. Der berühmte Bloch von Wassermann bis Bebel hat jetzt ein „einheitliches Programm“.

Ein betrübter Patriot. In der „Deutschen Tageszeitung“ schüttelt ein Fabrikdirektor sein bekümmertes Herz über die „verderbliche Gleichgültigkeit gegen die Sozialdemokratie“ aus. Nach einer recht dramatischen Einleitung in Dialogform schreibt der betrübte Patriot:

Gleichzeitig möchte ich noch einmal auf die Nachgiebigkeit der Behörden gegenüber der Sozialdemokratie aufmerksam machen; diese Nachgiebigkeit wird sicher noch schlimmer haben. In bürgerlichen Kreisen nahm man mit gesteigelter Verwunderung wahr, daß auch der anfänglich so viel versprechende Berliner Polizeipräsident neuerdings eine Nachgiebigkeit zeigte, der man einfach ohne Verständnis gegenübersteht; so bei der Beerbigung des Sozialdemokraten Singer und jetzt unlangst im Falle Borgmann. Die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Straßen bei diesen Leichenbegängnissen... tritt die Polizei an die... Sozialdemokraten ab. Als gleichberechtigte Macht konnte die Sozialdemokratie, die sich bei diesen Demonstrationen die Herrschaft über die Straße angeeignet hat, die Polizeigewalt ausüben!... Wie nun, wenn bei erster Gelegenheit eine Anzahl Königstreuer und somit nationaler Männer, in Ermangelung eines anderen Mittels, gegen diese Verfaulungen protestieren, indem sie in Trupps die durch sozialdemokratische „Ordner“ beherrschte Straße nach ihrem eigenen Willen, nicht nach dem Willen der Sozialdemokraten passieren, die sozialdemokratischen „Ordner“ in ihre Schranken zurückweisen und nur, was eigentlich ganz selbstverständlich ist, den Anordnungen der Polizei Folge leisten werden? Soll es dann zu folgenreicheren Zusammenstößen kommen? Es ist Zeit, daß die in Unruhe der sozialdemokratischen Straßenpolizei ein Ende gemacht wird, sonst glauben die durch die Sozialdemokratie irreführten Massen, daß die sozialdemokratischen Ideen vom Staate gebilligt und anerkannt werden!

Was der Königstreue Fabrikdirektor hier als Möglichkeit „ahnt“, ist im Rußland des Gensersaren durch Wäterschens edeltrübsige schwarze Banden längst Wirklichkeit geworden. Ob die saubere Garbe der Hingebenen nicht auch für die dankbare Rolle gewonnen werden könnte, als „Königstreuer und national“ folgenschwere Zusammenstöße zu provozieren, wenn sozialdemokratische Ordner als „Sittenpolizei“ tätig sind.

Ein Natur-Portrait. Das Organ der Demokratischen Vereinigung, das „Freie Volk“, hat für den letzten Parteitag eine Ari von politischer Bierzeitung herausgegeben, die von den verschiedenen Veranstaltungen des Tages zum mindesten nicht die schlechteste gewesen zu sein scheint. Von einer vielumwobenen Mehrheitspartei wird darin ein Charakterbild gezeichnet, das in weiteren Kreisen verbreitet zu werden verdient:

Auf dem nationalliberalen Parteitag hielt der Abgeordnete Strohmann ein begeistert aufgenommenes Referat, in dem er die Stellung seiner Partei ebenso klar wie überzeugend dahin präziserte: Rechts steht der Feind, in der Mitte der Erzfeind, links der Todfeind, vor uns der Widersacher, hinter uns der Gegner. Wir haben die schwere, aber erhabene Pflicht, den Kampf nach allen Fronten zu führen. Unbekümmert wird unsere Partei den Weg geradeaus gehen und rücksichtslos ihre Kompromisse sowohl nach rechts wie nach links hin schließen. Unserer Partei schreiben voran die alten großen, edlen Worte: National und liberal, Vaterland und Freiheit, Disziplin und Ordnung, vertikal und horizontal! Herrscher des Vaterlands, Heil, Kaiser, dir!

Nachdem der Beifallssturm zwei Stunden und siebenundvierzig Minuten gedauert hatte, beschloß man, in die Diskussion einzutreten. Zuerst sprach Wassermann für den Bülow-Bloch, dann Lehmann für den Großblock, dann Lehmann für einen nationalliberal-konservativ-antisemitischen Bloch. Alle Reden wurden in vielgeheißerter Ausgenommen. Wohl hütete man sich aber diesmal, wieder in den Fehler von Anno 1910 zu verfallen und ohne eine Resolution aus-

Wer tat's?

Roman von Konrad Zeimann.

24. (Nachdem verheiratet.) Der Einarmige war ein paarmal in dem kleinen Raume auf- und niedergegangen und hatte vom Bebel und der Aldebrandt, dem Streich der tagelangen Strohdarbeterinnen und dem Hagedorn in den Gärten gesprochen, ohne daß Serafina ihm etwas anderes, als „Ja, ja“ und „Ich schon ja“ erwidert hätte. Nun sah er kurz zum Fenster hinaus, vor dem Regen wie ein graues Stille niederlag, riefte sich einen Scheitel für gegenüber, setzte sich rittlings darauf und sah zu, Licht mit den Fingern ihr Strohdarbete betastend, an. Eine hübsche Stelle entstand. Plötzlich fragte er: „Ihr wißt also wirklich nicht, was Severo heute im Vorjahr angefangen hat?“

„Wie soll ich das wissen? Er wird gesagt haben, daß er in seiner Nacht zu Hause war und schlief. Was sonst?“

„Ja, das hat er gesagt. Das haben sie alle gesagt. Keiner anders.“

„Nun also.“ — Ein ganz leises Ritzeln war in ihrer Stimme.

„Es wird doch auch wahr sein, Serafina?“

„Was soll wahr sein?“

„Was er gesagt hat.“

Sie zuckte in erschrockenem Lauten die Achseln, sagte aber kein Wort. Sie dachte mit: „Jetzt wird es kommen. Jetzt ist er so weit, mir zu sagen, daß Severo gelogen hat, daß er ihn dieser Tage überfahren kann, und daß er das nur anrichten wird, wenn ich...“ Aber Pietro Mariani sprach doch nicht, sondern schweigend. Nur seine Augen ließen nicht von ihr. Und noch immer eine Weile er sah zu. „Es ist gut, wenn es wahr ist. Nur wenn Jungen das es geben, der etwas anderes anfragen kann — und bestrafen kann.“ Er hatte eine kurze Pause vor den letzten Worten gemacht.

Serafina erbeute leise. Nun war's also klar, daß er sie verheiratet laugte. Aber sie ließ sich nicht merken von dem, was in ihr vorging. Nur die Frage beschäftigte sie, warum er jetzt nicht losbrach, warum er ihr noch diese Seltsamkeit geduldet. Geduld das nur, um sie auf die Felle zu spannen und so ihren Widerstand, den er ahnte, um so leichter zu brechen?

Oben als sie ihm eine Scheibchen geben wollte, fiel eine Stimme von einem Fenster herüber. „Warten Sie, Serafina. Dort war eben Augustin drinnen.“ Es regnete, als ob es nie wieder aufhören würde. Und verheiratet hätte's die Frau nicht. Denn ich der Liebe Welt wäre — Ach ja ja —

hast Bejahung. Dann soll ich natürlich nicht führen. Bitte viel mehr um Entschuldigung. Das kommt ja nicht wissen.“

Es war Serafina Gioconda, die ihren blassen Kopf mit den heruntergehängten Augen zum Fenster hingehängt hatte, den heraufgeschlagenen Mund bis in die Stirn gezogen. Pietro Mariani war — absichtlich oder unabsichtlich — ein wenig von Serafina abgewandt und ließ jetzt aufstehen, ein leises, spöttisches Lachen hören. „Ihr dürft schon hereinkommen“, sagte Serafina, „es ist Serafina.“ Sie hatte sich gezwungen, einen unbedingten Lohn anzufordern, aber sie begriff, was diese Begründung bedeutete: heute Abend würde man in ganz Sorquinto, daß Pietro Mariani während der Abwesenheit ihres Mannes bei ihr in der Straße lag — und nahe, auffallend nahe. Oben hin waren er und Serafina Gioconda sich hinsetzend. Pietro Mariani konnte das alles freilich nur gesehen kommen, es trieb sie ja nichts in seine Arme.

„Ich höre nicht, daß ich Euch verzeihe, Serafina.“

„Ihr habt die Gewissheit mit einem gewissen Bückling. Verheiratet ist es Euch das jetzt. Ich habe Serafina genug gelohnt, und ich zu mir herunter komme ich schon im Regen. Ihr seid nicht.“

Aber Serafina Gioconda war nicht zu bewegen, einzutreten. Es gab noch allerlei süße Lebensarten halber und heißer, die Pietro Mariani endlich erklärte, er werde sich ein Vergnügen daraus machen, Serafina Gioconda zu begleiten, zumal er einen Schein mit sich führte; übrigens würde es ja wohl nicht weit sein, da jedes Haus, an dem sie vorbeikamen, unglücklich sein würde, wenn Serafina Gioconda nicht einträte, und belamlich bringe sie solche Herabwürdigung in auch niemals über sich. Und dann ging er wirklich mit ihr, während Serafina Gioconda rot geworden war wie eine Pflaume, vor Jona und Empörung, bot ihr jetzt vor dem Hause mit einer gewissen Verbrennung den Arm, das sie aber mit einer Hand vom Hüftgürtel und angedrückten Lebensarten auswich. Von Serafina hatte Pietro Mariani sich ganz herausgelassen und freudig begrüßt. Und nun sah sie ihn sagen: „Reine höhere Frau in ganz Sorquinto, als meine Nachbarin Serafina, findet Ihr nicht, Serafina Gioconda?“

„Nun einen Red warf sie das Strohdarbete zur Erde und sprach auf. Ihre Hand hob sich ein paarmal höher, wie unter dem herabgehängten Kopf. Es war ihr, als würde sie fort, jetzt gleich auf der Erde zu Severo hinunter, um ihn zu sagen, eine ungeheure Gefahr drohe ihm und er müsse fliehen. Pietro Mariani habe ihn damals in der Nacht gesehen und werde jetzt nur den gewöhnlichen Augenblick erwarten, um ihn aus seiner zu helfen. Aber Severo würde ihr ja doch wohl nicht glauben. Und dann? Wohin fliehen? Und allein? Sie hatte ihn ja

genugfam gewarnt. Warum hatte er nicht auf sie gehört? Jetzt hatte sie keine Verpflichtung mehr gegen ihn!

Und doch war ihr so eng um die Kehle geworden, daß sie zu ersticken meinte und mit beiden Händen sich vorn ins Fleisch griff, um sich Luft zu schaffen. Wie sie diesen Pietro Mariani, den heimtückischen Schleiher, haßte, der jetzt um seine Worte kreiste, bis er ihr — im günstigsten Augenblick — die Tage ins Gesicht schlagen würde! Aber noch war es nicht so weit, — noch nicht. Mitleid, blutigerge Sorgen Gedanken stiegen sich in ihr auf. Wer war sie denn, daß sie widerstandslos und ratlos sich dem überlassen sollte, was ihr drohte? Sollte sie nicht zu warten, ob und wann es diesem Warden, der ihr Haus umschlich, gefallen würde, seine Pähne zu weifen? Was es nicht auch für sie ein Mittel, dem vorzubeugen, das zu verhindern? Severo hätte Kräfte Damero niedergelegt, der den Frieden seines Hauses geliebt hatte! Warum nach nicht sie diesen da nieder, der das Gleiche wollte und plante und von dem ihnen Schlimmeres drohte, als von jenem, weil er Gewalt über sie hatte? Was Severo gelohnt und gemußt hatte, konnte und mußte doch auch sie, wenn das Gleiche auf dem Spiel stand. Nieder — nieder mit ihm!

Sie hatte unwillkürlich eine Armabewegung gemacht, als ob sie das Messer gegen irgend einen adge. Dann besann sie sich wieder. Noch einen Woch! Noch einmal Blut vergießen! Und welche Segen war denn aus der ersten Blutstut geflossen? War es besser lebendem geworden? Oder nicht vielmehr schlimmer, — viel schlimmer? Ja, wenn Severo sie noch geliebt hätte, wenn er noch der Severo von einst gewesen wäre! Um den — um dessen Rettung hätte sie auch das noch, hätte sie alles getan. Aber jetzt — da er Kräfte Damero nur erhoffen hatte, weil er sie, Serafina, für schuldig gehalten, und da er sich nun selbst und furchtbar zeigte, — auch vor ihr — und sich an ihr vergreifen hatte — nein, jetzt nicht, jetzt nicht mehr. Was nun freilich werden sollte, mußte sie nicht. Es hätte alles noch gut werden können, wenn Severo der alte gewesen wäre; nun war das Unglück da, nun würde es weiter gehen, immer weiter. Und wenn sie sich Pietro Mariani's Schweiß nicht erkaufte, war er verloren. Sie würde es nicht erkaufen. Oder — und wieder würde es in ihrer Hand. Wenn Severo nur schon togefallen wäre! Wenn sie mit ihm das alles hätte besprechen können! Warum sprachen sie sich nicht aus, wie früher, sondern gingen untereinander herum, als fürchte jeder sich vor dem andern? Diese Geheimnisse hatte sie ausinandergesprochen. Sie hatten es beide gut damit zu machen gedacht und es war zum Lieben ausgefallen. Wenn sie jetzt noch den Mut hätten, einander die Wahrheit zu sagen, einander die Wahrheit tragen zu helfen.

(Fortsetzung folgt.)

einandergelassen. Klein, einmütig brachten zum Schluss Stroch, Wasser, Fuhrer, Neb- und Lehmann einen Antrag ein, der dann einstimmig angenommen wurde: Die in Quassel heute versammelten Männer sind der Ansicht, daß die deutsche Politik nur durch einen Wackel gefördert werden kann. Sie fordern die Freunde im Lande auf, mit diesem Gesichtspunkte in den Kampf zu ziehen und Wackel zu schließen, wo und mit wem immer sich eine Möglichkeit bietet, dabei aber nie zu verhasen, daß im Prinzip sich die nationalliberale Partei nur auf sich selbst verlassen kann.

Selten ist die nationalliberale Partei so wundervoll gescholten worden, als von diesem witzigen Demotraten.

Das Ende des Reichsinvalidenfonds. Im Haushalts für 1911 ist als Restbestand des Reichsinvalidenfonds ein Betrag von 7,5 Millionen Mark vorgesehen. Nach den Ausgaben, die für das Jahr 1910 — nach dem Iobeden erfolgten Abschluß — erwachsen sind, und nach dem Ergebnis der für Rechnung des Reichsinvalidenfonds stattgehabten Verkäufe an Effekten stellt sich der für 1911 verbleibende Rest tatsächlich auf 8,8 Millionen Mark. Das bedeutet also ein Mehr von 1,3 Millionen. Nach dem Haushaltsantrag für 1911 belaufen sich die Ausgaben für Pensionen der Kriegsinvaliden auf 82,5 Millionen. Unter der Voraussetzung, daß dieser Haushaltsantrag durch die Ausgaben nicht überschritten wird, werden die zur Ergänzung aus dem allgemeinen Reichsmitteln zur Verfügung gestellten 25 Millionen Mark nicht voll in Anspruch genommen werden. Da die Pensionen aus dem Invalidenfonds bekanntlich monatlich im Voraus bezahlt werden, so ist gegenwärtig durch die bereits für 3 Monate erfolgten Zahlungen der Reichsinvalidenfonds, dessen einjährige Höhe sich auf 561 Millionen Mark belief, nunmehr endgültig ausgezehrt. Infolgedessen werden sich die Beiträge, die für die Kriegsinvaliden aus allgemeinen Reichsmitteln bereitgestellt werden müssen, für das nächste Haushaltsjahr voraussichtlich auf rund 82 Millionen Mark belaufen.

Keine Märsche auf den Straßen. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß in Götting ein Konflikt zwischen dem Magistrat und dem katholischen Stadtpfarrer entstand, das am Freitagnamstage in diesem Jahre zum ersten Male eine öffentliche Prozession veranstalten wollte. Der Magistrat verzweigte die Erlaubnis dazu in dem geplanten Umfang, er will sie nur unmittelbar um die Pfarrkirche herum gestatten. Außerdem verzweigte der Magistrat die Erlaubnis zur Aufstellung von Altären auf städtischen Grund und Boden, also in den Straßen. Das Pfarramt legte telegraphische Beschwerden bei der Regierung ein. Jetzt hob die mittelrheinische Kreisregierung den Beschluß des Göttinger Magistrats soweit die Ausdehnung der Fronleichnamprozession beschränkt ist, auf, dagegen wurde das Verbot der Errichtung von Altären auf den städtischen Straßen gutgeheißen. — In Breslau dürfen die Katholiken ruhig Altäre auf den Straßen errichten.

Im Kampfe gegen die Arbeiterjugend. Auf Veranlassung der Regierung wurden in den größeren Orten des Bezirks Osnabrück Ortsausschüsse für Jugendpflege gebildet. Durch Errichtung von Turnhallen, Jugendheimen, Spielplätzen und Gemeindefestplätzen hofft man, die freie Jugendbewegung zu „überwinden“. Für die weitliche Jugend sollen Wanderschulungsschulen eingerichtet werden.

Der Reichs-Etat für 1912. In den einzelnen Reichs-Etatsstellen ist die Aufstellung der Etatsstelle für 1912 in der Hauptsache beendet. Nach einer offiziellen Mitteilung wird der Etat nur die laufenden Ausgaben und die durch die Veranschlagung bedingten neuen Ausgaben bringen. Eine Uebersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahre 1910 und in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1911 soll dem Reichstage im Herbst vorgelegt. Neue Vorlagen sollen jedoch dem Reichstage im Herbst, von Kleinigkeiten abgesehen, nicht zugehen.

Die Rentwahlen in Elsaß-Lothringen sollen im Oktober stattfinden. Die Elsaß-Lothringische Regierung soll mit der Ausführung der neuen Wahlordnung soweit fertig sein, daß sie demnächst veröffentlicht werden kann. Es ist geplant, den Elsaß-Lothringischen Landtag im Herbst nur zu einer kurzen Tagung für die Beratung der Steuererlasse einzuberufen; die Staatsberatung soll erst nach den Reichstagswahlen im Februar stattfinden.

Die Pensionen in Preußen hat sich seit 10 Jahren mehr als verdoppelt. Während sie im Jahr 1900 etwa 50 Millionen Mark betrug, ist sie im Etat für 1911 mit rund 111 Millionen Mark beziffert.

Beamtenaufbesserung in Württemberg. Der Finanzausschuß der zweiten württembergischen Kammer veröffentlichte am Montag die Anträge zur Beamtenaufbesserung und Lohn-erhöhung der Staatsarbeiter, über die er wochenlang beraten hat. Das bemerkenswertere Ergebnis besteht in einem erheblichen Erfolg der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder, auf deren Antrag im Jahre 1911 417.000 Mk., im Jahre 1912 über 600.000 Mk. den staatlichen Arbeitern mehr zugute kommen sollen, als nach dem Regierungsentwurf. Den Arbeitern der Verkehrsbetriebe sollen durchschnittlich statt 20 Pf. 30 Pf. als Aufbesserung gewährt werden. Der Antrag war in erster Lesung noch gegen die sozialdemokratischen Stimmen angelehnt worden. Er wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Aufbesserung hat Rückwirkung vom 1. April 1911 ab.

Ausland.

Frankreich und Spanien in Marokko.

Aus Paris wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Was alle einsichtigen Beurteiler voraussehen und befechten, die nicht im Süd oder im Interessensband der kapitalistischen und militärischen Kolonialpolitik stehen, auch vorausgesehen haben, ist eingetroffen. Die „Politikation“ der Franzosen hat eine „Politikation“ der Spanier hervorgerufen. Die neue Fesselschleife haben und auf Marokko losmarschieren, so setzen sich diese in Larache und El Mar fest. Die Wutausbrüche, die diese Replik bei der französischen Presse hervorruft, würden tödlich wirken, wenn die einseitige kapitalistische Produktion die Situation nicht so gefährlich erscheinen ließe. Genau daselbe, was man den Exultationen der Renault-Klasse vorgehalten hat — die Tatsache, daß dies gar nicht in den von den interessierten Leuten in den brennendsten Farben gezeichneten Worten war, die Unternehmbarkeit eines kriegerischen Unternehmens mit der von der Konferenz von Algieras eingeräumten Polizeigewalt, die Wächterung der ebendort anerkannten Souveränität Marokkos — wiederholen nun der „Lejos“ und seine Kollegen gegen die Spanier. Es ist die verkehrte Welt. Vor kurzem noch schrie die Marokko-Presse, der Einmarsch der Franzosen sei eine bloße Ausübung der Polizei und gehe darum die Mächte nicht das geringste an. Jetzt aber bedroht sie Europa mit einer Intervention Europas und der Einberufung einer neuen Konferenz. Schon hat man den Sultan, der Franzosen und persönlich in den Händen der Franzosen ist, einen „Protest“ gegen die von Spanien ausgeübte Bedrohung seiner Unabhängigkeit unterschreiben lassen. In ein paar Tagen kann der Marokkohandel wieder im Zustand des ärgsten Durcheinander, wie vor sechs Jahren sein, mit dem bedenklichen Unterchied, daß sich jetzt die Unabhängigkeit der kapitalistischen Staaten herausgestellt hat, diese Frage im Zeichen selbstloser Zurückhaltung stückchen zu lösen.

Für das Proletariat der beteiligten Länder gibt es, wie die Dinge heute stehen, nur die Politik, die von der Erkenntnis ausgeht, daß eine „gerechte“ Kolonialpolitik innerwärts der kapitalistischen Weltwirtschaft unmöglich ist und in der unangenehmsten, nachdrücklichsten Opposition gegen jede militärische Abenteuer des eigenen Staates besteht. Die Internationale hat nicht zu suchen, wer in einem

gegebenen Augenblick als der „Friedensführer“, der propagierende Teil erscheint. Die Schulden sind in allen Ländern, und die Bemühung der sozialistischen Parteien, sie unschädlich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe der internationalen proletarischen Friedenspolitik.

Vom gestrigen Tage liegen zunächst amtliche Meldungen vor über einen Zusammenstoß und die Einnahme von Melines durch die Franzosen. In dem im Elchsee abgehaltenen Ministerrat teilten die Minister Cruppi und Goiran die Einnahme von Melines mit; bei dem Sturm wurden auf französischer Seite ein Soldat getötet, 14 verwundet. Die Regierung wird ihr Einverständnis damit erklären, daß die Interventionen über Marokko in der Kammer nach denen über die Ruhegehalt der Arbeiter zur Beratung gestellt werden.

Die „Agence Havas“ meldet aus Melines vom 8. Juni: Die Truppen, die um 4 Uhr Morgens aufgedrungen waren, langten um 1,30 Uhr Nachts nach einem Tagesmarsch, der durch Geländebeschwerden und unaufhörliche heftige Angriffe der Feinde sehr erschwert wurde, unter der Mauer von Melines an. Die Feinde kämpften immer in auseinandergezogenen Gelechtslinien. Der Kampf begann früh 6 1/2 Uhr. Die ganze Abtheilung Gouraud mußte sich entwidern, um die Gelechtslinien zu schließen, die sich an die Arbeit machten, um den Truppen den Uebergang über den Gigenfluß zu ermöglichen, der in einer 60 Meter tiefen Schlucht fließt und 400 Meter breit ist. Die Tätigkeit der Artillerie trug da außerordentlich dazu bei, das Gelände zu säubern. Der Kampf dauerte bis gegen 1 Uhr. Nachdem die Truppen den Fluß passiert hatten, marschierten sie gegen Mebel. In der Nähe des Ortes gestreuten sie die letzten feindlichen Gruppen und betreten endlich die Gärten des Luftans. Kurz darauf traf eine Abordnung des Präsidenten Muley Zin, die aus Notabeln und Mitgliedern des Maghzen bestand, ein, um dessen Unterwerfung anzubieten. Der General versprach, das Leben Muley Zins zu schonen, und versprach ferner, daß er von Muley Zin nicht schief behandelt werden sollte. Abends erschien Muley Zin zu einer Besprechung mit General Molmier.

Zu den spanischen Operationen wird folgendes mitgeteilt: Der spanische Ministerpräsident Canales hat erklärt, daß nach der Schlacht der Cortes eine eingehende Erörterung der Marokkofrage stattfinden werde. Frankreich habe die jetzt keine Protestnote gegen die Besetzung von Larache eingefandt. Aus anderen Meldungen scheint hervorzugehen, daß Frankreich auf mündlichem Wege seiner Unzufriedenheit über das Vorgehen Spaniens Ausdruck gegeben hat.

Die „Agence Havas“ meldet aus Barrasch unter dem 12. Juni: Infolge des Protestes Kais Wilh., der versichert, daß die Stadt und ihre Umgebung ruhig sei, verzichteten die Spanier auf eine Landung in Arzila.

Die „Agence Havas“ meldet aus Eliza unter dem 11. Juni: Als die Spanier in die Stadt einziehen wollten, machte ihnen der Pascha den Vorhalt, daß er über eine genügende Garnison verfüge, um den Polizeidienst versehen zu können.

Der Genossenschaftstag in England. Der 18. Genossenschaftstag für Großbritannien und Irland, der zu Pfingsten in Bradford getagt hat, war von etwa 1500 Delegierten besucht, dabei Vertreter der Kolonien und des Auslandes, einschließlich Rumänien und Japan. Der Jahresbericht für 1910 ergab eine Mitgliederzahl von 2.585.300 (+ 76.500) einen Gesamtumsatz, einschließlich der in den Verkäufen der einzelnen Genossenschaften wiederkehrenden Umsätze der beiden Großenkaufgesellschaften (nahezu 700 Millionen Mark), von 2.277 Millionen Mark (+ 54,5 Millionen), einen Gesamtüberschuß von 245,3 Millionen (+ 0,8 Millionen).

Der Eröffnungsredner Mr. Thorpe wies auf die Verkörperung zweier Genossenschaften nach Festlegung eines allgemeinen Mindestlohnes für Genossenschaftsangeestellte (24 Schilling wöchentlich für 21 jährige männliche, 17 für 20 jährige weibliche) hin. Er erklärte sich zugunsten solcher Mindestlöhne, die ein gesittetes Leben ermöglichen. „Die Produkte einer Industrie, die das nicht tun, sind entweder unnütz oder unrichtig verteilt.“ In dessen müsse die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaften mit den Privataufgeschäften gewahrt werden. Deshalb sei es Pflicht der Angestellten, die genossenschaftliche Entwicklung und den Absatz ihrer Waren möglichst zu fördern, ferner sich gewerkschaftlich zu betätigen und auf die Erhöhung der Löhne auf der ganzen Linie hinzuwirken.

Eine lebhafteste Erörterung rief der Aufruf des Parlamentarischen Komitees zur Parlamentswahl hervor. Das Komitee hatte die übrigen Genossenschaftler aufgefordert, im Sinne unverfälschter Erhaltung der verfassungsmäßigen Volksrechte bei den Wahlen zu wirken, was sich gegen die Konservativen richtete. In der Diskussion wurde teils gegen jede Vereingliederung politischer Fragen protestiert, da die Konservativen 40 Prozent der Mitglieder ausmachten, teils der Aufruf verteidigt, teils auch die Erhaltung einer besonderen genossenschaftlichen Parlamentarischen Vertretung gefordert. J. M. Addison erklärte, daß der Aufruf an sich seiner eignen Auffassung entsprechen habe, daß es aber besser sei, jede politische Frage draußen zu lassen. „Lassen wir die Politiker einmal in unsere Verengung herein, so werden sie sie von Anfang bis zu Ende ausnützen. (Beifall und starker Widerspruch.) Wir haben hier ein großes gemeinsames Arbeitsfeld und dürfen nichts tun, was selbstschändenden Konservativen das Zusammenarbeiten unmöglich machen müßte. Wir brauchen alle und dürfen keinen ausschließen.“ Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Eine Resolution wurde gefaßt, die das Zusammenwirken mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften (jetzt nahezu 40 Millionen Mk. Umsatz) begrüßt, ebenso eine von Maddison beantragte und dem Abg. Genossen Barnes unterstützte zugunsten der internationalen Friedensbewegung und der Schiedsgerichtsbarkeit. In einer besonderen Sitzung für Bildungsweisen wies die Hauptrednerin Margarete Morrison darauf hin, daß die Vereine rund 1.800.000 Mark für Bildungszwecke ausgeben. Sie empfahl die Errichtung von Landhochschulen nach dänischem Muster.

Schüler-Exkursionswanderungen in der Schweiz. Der Lehrerturnverein Zürich, der neben dem offiziellen Turnunterricht auch die übrigen Lebensübungen kräftig fördert, geht nunmehr über zur Veranstaltung von Wanderungen der Schüler der beiden obersten Volks-(Primar-)Schulstufen. Diesmal sind Wanderungen von 3-5 Tagen in Gruppen bis 20 Knaben unter Leitung von je 2 Lehrern vorgesehen. Bei Selbstverpflegung und Mächtigkeiten in Massenquartieren betragen die Kosten 9 bis 15 Franken. Man hofft, später auch Mädchenwanderungen unter Leitung von Lehrerinnen veranstalten zu können. Die Arbeiterunion Zürich veranstaltet gleichfalls, wie schon in früheren Jahren, solche Wanderungen unter Leitung von Lehrern und Lehrerinnen. Durch Massenfahrten im Freien und Uebernachten bei Genossen soll nicht nur an Reisekosten gespart und der Sache ein besonderer Reiz verliehen, sondern auch die Erziehung zur Solidartät gefördert werden. Bei den nachjährigen Wanderungen was kein Unfall zu beklagen. — Nachahmenswert!

Frauenrechtlerinnen auf dem Balkan. Der bulgarische Frauenverein Union richtete an das Parlament eine Petition betreffend Umänderung des Artikels 60 des bulgarischen Verfassungsgesetzes in dem Sinne, daß den Frauen dieselben politischen Rechte wie den Männern zugestanden werden. Die Frauenrechtlerinnen machen lebhafteste Propaganda für ihre Ziele und halten allorts Versammlungen ab. Auch in Serbien gewinnt die Frauenrechtsbewegung immer mehr an Umfang.

Das Urteil im Prozeß des Reichsgeheimnisses. Der Verleumdungsprozeß gegen den Erzpriester Verdesi hat am 5. d. vor dem römischen Strafgericht mit der Verurteilung des Beklagten geendet. Aus dem Zeugenerhör scheint in der Tat hervorzugehen zu sein, daß Verdesi keine Mitteilungen über die Moderristen dem Jesuiten Vicarelli nicht nur unter dem Siegel des Reichsgeheimnisses, sondern auch in vorhergehenden Gesprächen und vielleicht selbst in Briefen gemacht hat. Gleichzeitig ist allerdings weiter aus den Verhandlungen hervorgegangen, daß der damalige Priester Verdesi gewissermaßen moralisch verurteilt worden ist, um von ihm die Nennung seiner modernistischen Amtskollegen zu erzielen. Das Gericht, das nicht über die moralische Bedeutung des Falles zu befinden hatte, sondern lediglich darüber, ob Verdesi den Wahrheitsbeweis seiner öffentlich ausgesprochenen Behauptung, der Jesuitenpater hätte das Reichsgeheimnis verletzt, erbracht hätte oder nicht, billigte dem jungen Erzpriester mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zur Mindeststrafe von 10 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 16 Monate beantragt. Offenbar hat Verdesi durchs in gutem Glauben gehandelt und ist noch heute der Ueberzeugung, daß der Jesuitenpater ausschließlich durch seine Weichte vor dem Treiben der Modernisten etwas erfahren hätte. Es ist bedauerlich, daß das italienische Gesetz auch für solche Fälle ein so hohes Mindeststrafmaß vorsieht.

Parteiangelegenheiten.

Oberbairische Landeskonferenz. Am Sonntag fand im Odenburger Gewerkschaftshaus eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Oberbairers statt, auf der zu dem im Herbst stattfindenden Landtagswahlen Stellung genommen wurde. Vertreter waren 20 Orts-, die Bezirks- und Kreisvorstände und die sozialdemokratische Landtagsfraktion. In seinem Referat wies Parteisekretär Schulz-Rüstringen darauf hin, daß die bevorstehende Wahl die erste nach dem neuen Wahlgesetz mit direkter Wahl sei. Die Aussichten unserer Partei seien, abgesehen von Münchringen, wo die Wiederwahl der vier sozialdemokratischen Vertreter sicher sei, schwer im Voraus abzuschätzen, erst recht, da durch die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes jeder Vergleich mit früheren Wahlen ausgeschlossen sei. — Beschlossen wurde, möglichst in allen 22 Wahlkreisen, die im ganzen 56 Abgeordnete zu wählen haben, Kandidaten aufzustellen, und den Wahlkampf mit voller Kraftentfaltung aufzunehmen. Parteipresse. Anstelle des Genossen Etroinski, der am 1. Juni die politische Deklaration des Zeiger Volksboten übernimmt, wurde Genosse M. I. K. aus Magdeburg zum Redakteur der Brandenburg Zeitung gewählt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wausen, 14. Juni. Wäung, Tabakarbeiter! Im hiesigen Lokalblatt, die „Wäunger Zeitung“, werden für die Firma Jakob, Breslau, Brandenburgstraße, Kollern und Wickelmacherinnen bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn gesucht. Der Firma, die in Breslau noch nicht den Tariflohn bezahlt, fällt es gar nicht ein, mit ihren dortigen Arbeitern Frieden zu schließen, die um die Eringung besserer Löhne kämpfen. Es hieß somit, vom Pferde sich auf den Hef legen, wenn ein Wäunger Tabakarbeiter dem Herrn Jakob in einer wohl vermittelten Lage Kautschukdienste leisten wollte. Deshalb meinte jeder Tabakarbeiter den Betrieb!

Die Disziplinarverwaltung. Am Freitag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftslokale eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Frau Marie Greifenberg-Verlin referieren wird. Arbeiter von Wausen und Umgebung, erscheint in Massen!

Wolkenhain, 14. Juni. Unglücksfall. Am Sonntag Abend, als der Zug Merzdorf-Striegau in Station Groß-Dau hielt, stiegen dort viele Passagiere aus, darunter auch die 72jährige Frau Thomas aus Wäungsdorf. Da der Zug nur eine Minute hält und die Beladung mangelhaft ist, kam die alte Frau beim Absteigen unter die Räder und es wurden ihr der rechte Unterschenkel und der linke Mittelfuß abgetrennt. Da auch kein Verbandzeug vorhanden war, wurde sie in diesem Zustande bis Wolkenhain ins Krankenhaus mitgenommen, wo sie inzwischen ihren Verletzungen erliegen ist. Abhilfe tut hier dringend not, daß nicht noch weitere solche Fälle vorkommen. Hier spart die Eisenbahn am unrechten Fleck.

Radfahrer-Unfall. Einen recht bedauerlichen Unfall erlitt der Radfahrer Krinke aus Merzdorf hiesigen Kreises, als er mit seinem Rade nach Wäungsdorf fuhr. Aus einem Gehst sprang plötzlich ein Hund vor das Rad. Krinke kam hierdurch so unglücklich zu Fall, daß er eine Zeitlang bewußtlos liegen blieb. Er wurde von dem Besitzer des Hundes in seine Heimat gebracht. Der Unfall dürfte allen Hundebesitzern zur Warnung dienen. Es wäre besser, solche Räter würden an die Kette gelegt.

Glases, 14. Juni. Plötzlich verschwinden ist vor einigen Tagen der Gastwirt Fichte aus der Wöhlstraße und bis heute noch nicht zurückgekehrt. Die Recherchen, die von Polizeihunden unterstützt, aufgenommen wurden, haben seinen Weg bis nach Gramschütz verfolgen können. Von hier aus ist der Entloshene wohl mit der Bahn weitergereist. Allgemein wird angenommen, daß der Umherirrende sich in geistesgestörtem Zustande befinden muß. Fichte war ein Alkoholiker.

Reife, 15. Juni. Feuer. Dienstag Nachmittags gegen 5 1/2 Uhr brannte das in der Mittelstraße gelegene Grundstück der Frau Müller infolge fahrlässiger Rauchföpfung durch Kinder nieder. Ein im Hause wohnender Schmied, sowie ein Feuerwehrmann verunglückten dabei. Ersterer erlitt schwere Brandwunden und wurde in das städtische Krankenhaus transportiert.

Selbstmord. Ein an die Kriegsschule als Lehrer abkommandierter Oberleutnant vom Infanterie-Regiment 164 machte durch Erschießen seinem Leben ein Ende. Er wurde in aller Frühe nach der Bahn transportiert, um in der Heimat beerdigt zu werden.

Gabelschwert, 14. Juni. Gefährlicher Streik. Von einer Kreuzotter gebissen wurde der 70 Jahre alte Häusler Draßner in Jakobowitz. Die ziemlich große Kreuzotter sprang im Walde auf den Mann zu und wickelte sich um seinen Hals. Bei dem Versuch, sich von dem Reptil zu befreien, biß die Schlange, die vorher nur an dem Gesicht des Mannes mit der Zunge spielte, ohne zu verletzen. Der Mann hatte zwischen dem Hege- und dem Mittelfinger eine tiefe Wundma erhalten. Auf Dufferufe wurde er von Nachbarn nach Rudawa gebracht, wo selbst ein Arzt die erste Hilfe leistete. Die Wundma ist indessen so ernster Natur, daß an dem Aufkommen geweiht wird.

Kokenau, 14. Juni. Gefundene Kindesleiche. In Granowitz fand ein Knecht auf dem Felde eine Kindesleiche in ein Tuch eingewickelt. Ohne den Fund zu melden, vergrub er die Leiche wieder. Auf polizeiliche Anordnung wurden die Felder mit einem Polizeihunde abgesucht. Der Hund fand die Stelle, die Leiche war jedoch bereits wieder entfernt worden. Die Spur ging nun verloren. In Verdacht des Kindesmordes steht eine polnische Arbeiterin und ein polnischer Arbeiter, die seit einigen Tagen spurlos verschwunden sind.

Posen, 14. Juni. Auf der Zragbasse zum Schafott gebracht wurde gestern früh um 7 Uhr auf dem Gefängnis der Raubmörder Krist Dudyanski, der den Fleischermesser Koscielski am 11. August v. J. in einem Wald bei Posen durch einen Revolver-Schuß getötet und herabstieß. Er wurde von dem Staatsrichter Schrey aus Breslau hingerichtet.

Brandenburgische Arbeiter: Reichs- und Provinzial-Verbandsrat, 7. — Berlin, am 14. Juni 1911. — Straßburger, 14. Juni 1911. — Straßburger, 14. Juni 1911. — Straßburger, 14. Juni 1911.

Am 12. Juni d. J. starb infolge einer schweren Operation meine herzensgute Frau, unsere Schwägerin, Schwiegertochter und Tante
Frau Selma Bernhardt
 geb. Hoffmann
 im Alter von 44 Jahren.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte.
 Beerdigung: Donnerstag, den 15. Juni 1911, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Oswitz (Luther-Gemeinde). 3163

Am 12. Juni verschied nach langem Leiden die Frau unseres Kollegen, des Tischlers Arthur Bernhardt
Selma Bernhardt
 geb. Hoffmann
 im 44. Lebensjahre.
 Friede sei mit ihr. 3179
 Die Kollegen und Mitarbeiter der Firma Gebr. Bauer.

Kranken- u. Begräbniskasse „Hoffnung“ e. H. zu Breslau. (Gegr. 1877.)
 Unser Mitglied
Frau Selma Bernhardt, geb. Hoffmann
 ist am 12. d. Mts. nach langem Leiden im Alter von 44 Jahren verstorben.
 Beerdigung: Donnerstag, den 15. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Oswitzer Friedhofes. 3171

Nach langen, schweren, mit grosser Geduld ertragenen Leiden, verschied am 12. ds. Mts. abends 10 Uhr, mein lieber guter Gatte, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Cousin, der Zigarrensortierer
Paul Leber
 im Alter von 59 Jahren 6 Monaten. 3169
 Dies zeigt schmerz erfüllt an
 Breslau, den 14. Juni 1911
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes.

Am 12. Juni d. J. verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Zigarrensortierer
Paul Leber
 im Alter von 49 Jahren. 3168
 Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
 Beerdigung: Freitag, den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes.
 Trauerhaus: Brunnen-Strasse 12.

Am 11. ds. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser
Max Weisshaupt
 im Alter von 31 Jahren. 3165
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).
 Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz.

Persil



Spitzen-Biouxen

Stückereien, Gardinen und sonstige feine Stoffe sollten nur mit Persil gewaschen werden. Grösste Schonung des Gewebes bei höchster Reinigungs- und Bleichkraft.
 Erhältlich nur in Original-Paketen.
 HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
 Hänkels Bleich-Soda

Schauspielhaus
 Heute, Mittwoch, den 14. Juni
 Anfang 8 Uhr:
 Gastspiel des
Max Walden-Ensembles.
 „Polnische Wirtschaft“.
 Donnerstag, den 15. Juni
 Anfang 8 Uhr:
 zum letzten Male
 Gastspiel des
Max Walden-Ensembles.
 „Polnische Wirtschaft“.
 Billetverkauf von 10-2 Uhr und am
 ter Abendtage im Schaurtheater, 1238.
 über im Betriebsbüro Varasch.

Sommer-Theater (Liebichs Etabl.)
 Heute Mittwoch:
„Bummelstudenten.“
 Pöffe in 5 Akten.
 Anfang 8 Uhr.
 Ein Karten: **Reindel.**

Viktoria-Theater
 Die Wender'sche Revue
Bei uns in Breslau
 Anfang 8, v. 7-8 Uhr.
 Bei schönem Wetter im Garten.
 Jeden Freitag:
Nichtraucher-Abend.

Zeltgarten
 = Einziger =
Sommervariété
 „Vorleser Abend!“
 die aristokratischen
Spezialitäten
 Großstadt-Programme.
Entree 10 Pfg.

Palmengarten.
Damen-Trompeter.
Bedienung
 im
Holenzirk.
 = Entree frei. =

Schlesswerder.
 Heute Mittwoch, den 14. Juni:
KONZERT der Stadt-Theater-
 = Kapelle. =
 Konzeptions: Karlheiter Chor.
 Anfang 5 Uhr. Eintritt 25 Pfg.

Neue englische Matjesheringe.
 feine Fettbacklinge, geräuch. Seelachs, Kieler Borsche, feine Salzheringe
 empfiehlt und versendet
Neukirch's Fischhandlung
 Gräbchenstrasse 14.

Fahrräder
 in denkbar grösster Auswahl zu äusserst billigen Preisen
Spezialität:
Viktoria
 Arbeiter-Strapazier-Rad allerersten Ranges
 mehrjährige schriftliche Garantie.
 Gleichzeitig empfehle ich die in meiner eigenen Werkstatt gebauten
Stabil-Fahrräder
 auf Rennbahn und Strasse seit Jahren bestens erprobt.
 Reparaturen schnellstens u. zu kleinsten Preisen.
Fritz Killmann
 Gräbchenstr. 29
 Telefon 5084.

Edward Bernstein:
Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Radrennbahn Grünicher.
Training
 zum Preis der Festwoche
 Donnerstag, den 15. Juni, Freitag, den 16. Juni, Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags v. 5 1/2-7 1/2
Entree 10 Pfg.
 Mitglieder haben gegen Vorzeig. d. Mitgliedskarte freien Eintritt. 3162

Bestellen Sie nur Reformbier aus der
Breslauer Union Brauerei

Zurückgekehrt Dr. Traugott.
 Pfänder - Auktion Anfang Juli er.
 Handels-Justizamt 3148
 Matthiastraße 113, 1. Etage.

Möbel

Gute Waren spottbillig
 zur
Abzahlung
Anzüge
Ueberzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache!
Max Biermann
 32 Ring 32, 1. Stg.
 neben der Stadtkasse.
 Filiale:
Reichenburg i. Ggl.
 Auch nach auswärts.

Rechte u. Pflichten des Mieters
 nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
 Kommentar gegen Mietrecht
 von Rich. Lipski.
 Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
 Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein tüchtiger Führer durch das Mietrecht.
 Buchhandlung Volkswacht.

Ziehung nächste Woche
 (20. u. 21. d. M.)
Rote + Lotterie
 (Kleinhelm Hohenlychen)
50000 Mark W.
20000 „ „
10000 „ „
 U. S. W.
 Sämtliche Gewinne dieser Lotterie werden mit **90% bar** zurückgelöst.
Loose à 3.30 Mark Porto und Liste 30 Pfg. extra
 empfiehlt und versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22,
 geraderüber vom Schweibitzer Keller.
Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

Inhaber: **Otto Biedermann.**
Bergkeller.
 Heute Donnerstag: **Grosses Garten-Konzert**
 vom Cille-Blasorchester Dir. H. Mücke,
 verbunden mit **Kinderspektakel** mit Ouzel, Brühig und Joppol,
 Fackelzug und Reigen mit Musik.
 Grohartige Ueberraschungen. Aufstieg des Hosenballon.
 Nachmittags: Großer Freitanz. Abends: Sommernachts-Kränzchen,
 Herren 30 Pfg. Damen 10 Pfg. [3068] Ergebnis D. O.

Biblische Geschichten
 Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion.
 Von **Max Maurenbrecher.**
 Jedes Heft Mk. 0.40.
 Jedes Heft ist für sich abgeschlossen.
 Inhalts-Übersicht der einzelnen Hefen:
 Heft 1: Schöpfungsgeschichten.
 Die hebräischen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Adam und Noe. — Die Geschichte von verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswache.
 Heft 2: Simultageschichten.
 Literarisch-geschichtliche. — Die Simultageschichten. — Israel und Babylonien.
 Heft 3: Erzvätergeschichten.
 Abraham. — Isaac. — Jacob. — Joseph.
 Heft 4: Mosegeschichten.
 Der Auszug aus Ägypten. — Mose. — Der erste Frühlingstag.
 Heft 5: Das sogenannte Gesetz des Mose.
 „Mosaik“ Gesetz. — Die zehn Gebote. — Das große Reformgesetz. — Das Gesetz der Ethik.
 12 Hefen
 durch die **Buchhandlung Volkswacht.**

Räumungs-Verkauf
 von
Handschuhen, Strümpfen, Trikotagen,
 zu ganz besonders zurückgesetzten Preisen.
 Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.
L. Neumann Jr., Reuschestr. 63.

DR. OETKER'S Pudding

aus Dr. Oetker's Puddingpulver zu 10 Pfg. ist eine wohlschmeckende und billige Nachspeise.
 Für Kinder gibt es wegen seines reichlichen Gehaltes an phosphorsaurem Kalk nichts Besseres!

10 grosse Rester-Tage
 vom 10. bis 19. Juni.
Ganz besonders billiges Angebot
 vom 3116
Schuhhaus Adolf Pusch.

Seitens wird ein Artikel vollständig ausverkauft, fast immer bleiben Resterpaare übrig. Ich habe nun eine grosse Menge solcher Rester zusammengestellt, welche vom Pflanzgeschäft zurückgelassen sind und verkaufe dieselben in den nächsten 10 Tagen zu ganz aussergewöhnlich enorm billigen Preisen.

Einige Beispiele:

Baum-Haus-Schuhe . . . 95 Pl.	Kinderschuhe und Stiefel, ohne Lackkappe . . . 12.50, 10.50, 8.50, 7.50	5.90
„ „ „ „ . . . 2.45 Mk.	Herren-Sandalen — Strassenschuhe Zeug- und Stoffschuhe enorm billig!	
„ „ „ „ Knopf-Stiefel . . . 4.90 Mk.	Leichte Schuhe für die Ferien und für sportliche Zwecke.	
Sandalen — Turnschuhe	Arbeitschuhe und Stiefel Grubenstiefel ganz bedeutend billiger!	
Sechschuhen — Zeugschuhe		
Farbige Schuhe und Stiefel enorm billig!		

Schuhhaus Adolf Pusch, Waldenburg, Ring Nr. 12,
 neb. d. Wiener Café.

WANDERER
 General-Vertreter
Wilhelm Homann
 Breslau II, Tarnitzstr. 53,
 (2. Haus v. d. Tarnitzstrasse.)
Spezial-Abteilung „Homann“
 solid und preiswert.
 „Teilzahlung gestattet.“
 Sonder-Abteilung: 2679
Immobilien u. Sondereigentum
 Bureau-Artikel.

Möbel
Auf Teilzahlung
 Kleine Anzahlung u. sehr bequeme wöchentliche, 14-tägige monatliche oder 1/4-jährl. Ratenzahlung.
 Kaufhaus mit Kreditvermittlung
Lorenz Hübner
 Breslau I, Gräbchenstr. 7.
 Möbel-Katalog Nr. 29 wird nach auswärts auf Verlangen gratis zugesandt.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Donnerstag, den 15. Juni 1911.

Der zweite Deutsche Wohnungskongress.

Der Wohnungskongress führte am Dienstag, dem 2. Beiratungstag, seine Geschäfte zu Ende. Die Verhandlungen begannen mit einer Rede des Landgerichtsrats Kuhlmann-Bremen, der betonte, daß die Volkswirtschaft günstiger zugegangen sei und daß auch den Arbeitern größere Macht zuzugestanden werden müsse. Ein Einriß des Staates in die Wohnungsverhältnisse sei unvermeidlich; die Frage lasse sich nur lösen, wenn man an die letzte Grundlage der jetzigen Bodenwirtschaft rühre.

Professor Dr. Wuttke behandelte in einem Referat die Finanzierung der Bautätigkeit. Die Beschaffung der zweiten Hypothek müsse durch die Gemeinden organisiert werden. Die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung könnten die gesteigerten Mieten zahlen und tun dies auch ohne Widerstreben, weil sie wissen, daß das Geld wieder dem Kapital zufließt; im übrigen charakterisierte der Redner den Baugelderschwindel und teilte mit, daß zweite Hypotheken häufig nur mit 12- bis 14prozentiger Vergütung zu haben seien.

Reusch-Wiesbaden hielt ein Referat über die Realisierung der Wohnungsfrage durch die Gemeinden und Justizrat Professor Dr. Hermann-Münster sprach über das Erbbaurecht und verwandte Besitzformen. Er verlangt, die Gemeinden möchten das Erbbaurecht als das unerheblichste Werkzeug für die Bodenpolitik der Gemeinden anwenden, denn die bisherigen Erfahrungen seien durchaus gut. Nur der Bodenpreis gemindert werden könne, so wenigstens das Erbbaurecht Anwendung finden. Nach einer ziemlich umfangreichen Diskussion über diese Referate wurde der Wohnungskongress geschlossen.

38. Deutscher Gastwirtetag.

Braunschweig, den 13. Juni 1911.

Der 38. Deutsche Gastwirtetag nahm heute mit einer Sitzung der Bevollmächtigten der Vereine des Deutschen Gastwirtsverbandes unter dem Vorsitz des Präsidenten Ringel-Panlow seinen Anfang. Es waren ungefähr 400 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen und in seiner Eröffnungsrede wies Präsident Ringel auf die Wunden hin, die die Reichsfinanzreform vor allem dem Gastwirtsberuf zugefügt hat. Die Folgen der Reichsfinanzreform sind noch lange nicht überwunden und täglich müssen noch Gastwirtsbetriebe geschlossen werden, weil sie unter den erhöhten Bierpreisen nicht existieren können. Der Vorstand legte dann einen Geschäftsbericht vor über das abgelaufene Jahr. Der Geschäftsbericht geht von der Erhöhung der Biersteuer aus, unter der der Gastwirtsberuf zu leiden gehabt hat. Ueberhaupt habe es im Gastwirtsberuf selten bewegtere Zeiten gegeben, als in den letzten zwei Jahren. Immer neue steuerliche Sonderlasten seien dem Gastwirtsberuf aufgebürdet worden und in Bezug auf die Schaffung solcher Sonderlasten sei im letzten Jahre geradezu ein Rekord aufgestellt worden. Der Geschäftsbericht erwähnt dann die Rede des früheren Finanzministers von Helldorf im Reichstag am 11. Januar 1908, in der der damalige Finanzminister die Frage aufgeworfen hat, ob es denn Schaden könne, wenn die Hälfte der Gastwirtsbetriebe zu Grunde gingen. Diese Worte liegen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und man habe in den maßgebenden Kreisen den Wink verstanden. Die staatsverhaltenden Kreise hätten sich in den letzten Jahren durch Privilegien, Subventionen, Liebesgaben und Hochschußzölle

die eigenen Taschen gefüllt.

die Lasten aber vornehmlich Handel und Gewerbe aufgelegt. Trotz der letzten Reichsfinanzreform steht eine dritte Reichsfinanzreform bevor, die mit dem Wust ungeschickter und aufreißender Steuerexperimente von 1906 und 1907 aufzuklären soll. Die Befürchtungen der Gastwirte, daß sie die Biersteuer nicht abwägen könnten, haben sich nach dem Geschäftsbericht für nur zu berechtigt erwiesen, da viele Gastwirte einen Kampf auf Leben und Tod haben ausfechten müssen. Allein in Berlin sind 2000 Gastwirtsbetriebe eingegangen; nicht anders liegen die Verhältnisse in der Provinz. Es wäre viel besser gekommen, wenn die treue Waffenbrüderschaft von Brauergewerbe und Gastwirten nicht bloß ein leeres Wort gewesen wäre. Der Geschäftsbericht erwähnt auch, daß diesmal, wie bei jeder Erhöhung der Biersteuer, der Konsum abgenommen hat, 1909 sei der Verbrauch um 5 l auf den Kopf zurückgegangen. Abgenommen aber hat auch der zur Bierherstellung notwendige Malzverbrauch, ein Beweis dafür, daß das Bier immer leichter eingekauft wird. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die Berichte der Brauereien einstimmig von steigenden Erträgen sprechen. Weil das Bier leichter geworden ist, seien die Lieberschüsse der

Altkonzerne höher geworden. Es sei also auch diesmal die Last wiederum dem Gastwirtsberuf verbleiben. Wie bei dieser Trostlosigkeit die Lage der Präsidenten des Reichstages in seinem Ostergruß habe erklären können, daß das Volkswirtschaftsleben zufriedenstellend sei, und wie der Präsident des Abgeordnetenhauses in seiner Rede zu Köln erklären konnte, daß die indirekten Steuern der Reichsfinanzreform keine außerordentliche Belastung darstellen, sondern beweisen, daß es allen Schichten besser ginge, wie in den Jahren zuvor, sei geradezu unbegreiflich.

Welter wendet sich der Verzicht gegen die fortgesetzte Entrechtung und Zurückhaltung

der Angehörigen des Gastwirtsberufes und erwähnt den auch im Abgeordnetenhause zur Sprache gekommenen Fall im Kreise Bollenhain, wo der Landrat einem Gastwirt die Befähigung als Gemeindefürsprecher verweigert hat. Die Branntweinsteuererhöhung brachte gleichfalls einen

Rückgang des Konsums an Branntwein.

wozu der sozialdemokratische Wahlrat noch das seinige beitrug. Eingehend bepricht der Geschäftsbericht den nachgerade zur Regel gewordenen Boykott der sozialdemokratischen Partei bei der Saalverbeigerung und nimmt Bezug auf einen Schadenersatzprozeß aus solchen Gründen. Das Reichsgericht hat die Schadenersatzpflicht verneint, was wiederum nach Ansicht des Berichtes zeigt, daß der Gastwirt jeden rechtlichen Schutzes beraubt ist. Das Gleiche gilt aber auch von der Frage des Militärverbotss. Hier bricht sich allmählich die Erkenntnis von der Zwecklosigkeit eines dauernden Verbotes Bahn und man geht dazu über, dieses Verbot nur auf den Versammlungstag zu beschränken. Diese Ausnahme sei aber auch noch selten und in einzelnen Fällen haben sogar bloße Annoncen in sozialdemokratischen Zeitungen schon zum Militärverbot geführt. Dann wendet sich der Verzicht nach gegen die in vielen Städten eingeführte Lustbarkeitssteuer und die Abstinenzbewegung. Im ganzen gehören dem Gastwirtsverband gegenwärtig 509 Vereine mit über 60000 Mitgliedern an.

In der Debatte ruft Prober-Magdeburg das zu milde Vorgehen des Vorstandes in Sachen des

Militärverbots

und wünscht eine härtere Stellungnahme, da ein Geheimrat des Kriegsministeriums von 1908 immer noch an dem dauernden Militärverbot festhalte.

Generalsekretär Bräuner-Berlin bespricht, daß ein solcher Geheimrat des Kriegsministeriums vorliege. Der Vorstand des Gastwirtsverbandes habe sich 1901 und 1905 mit den maßgebenden Behörden in Sachen des Militärverbots in Verbindung gesetzt und die Berliner Zentralstellen haben erklärt, daß die Entscheidung über eine Aufrechterhaltung des Militärverbots bei den einzelnen Garnisonen liege. Ein Geheimrat ist seitdem nicht ergangen und die Stellung der militärischen Behörden in dieser Frage habe noch keine Veränderung erfahren.

Der Abgeordnete Berlin wendet sich mit schärfsten Worten gegen die neuen steuerlichen Lasten, die dem Gastwirtsberuf auferlegt sind. Wir haben 37 Jahre lang unsere Vaterlandsliebe, unsere Königstreue und unsere Patriottik gezeigt und uns so verhalten, wie ein vaterlandsliebender Berufsstand sich verhalten muß. Aber uns legt am nächsten unsere Gerechtigkeit nicht erwidern können, können wir für die Desfunktlichkeit nicht leisten, und da muß ich sagen, daß in den obersten Behörden für unsere bedrängte Lage kein Verständnis vorhanden ist. Die Worte des Finanzministers von Rheinbaben im Jahre 1906 wirken heute noch nach. Das ist heute noch die Ansicht der Behörden. Wir müssen nunmehr wissen, was wir zu tun haben, wir müssen denjenigen Faktor unserer Ohnmacht, von dem allein eine Linderung erwartet werden kann, so gestalten, daß wir seiner Tätigkeit mit Vertrauen entgegenstehen können. Ich denke da an die bevorstehenden Reichstagswahlen. Wenn der Minister des Innern erklärt hat, daß ein Vertreter unseres Gewerbes nicht fähig ist, ein öffentliches Amt zu bekleiden und wenn man uns nicht einmal Zusagegebühren erstattet, auf der anderen Seite uns wiederum alle Steuerlasten auferlegt,

dann müssen wir bei den Wahlen Antwort geben.

Eigentlich hätte ja die Regierung das größte Interesse daran, dem Gastwirtsberuf freien Spielraum zu lassen, damit es möglich viel Steuern zahlen kann. Aber da kommt der Militärboykott, nur weil wir eine Partei bei uns aufnehmen, die jetzt Regierungspartei geworden ist. (Weiterkeit.) Wenn die Regierung es nicht verschmäht, mit Hilfe der Sozialdemokratie in die sozialistische Verfassung zu machen, dann kann man uns Gastwirten es nicht übel nehmen, wenn wir diese Partei in unseren Lokalen dulden. (Beifall.) Hierauf wurde einstimmig und debattelos folgende Resolution Herzberg angenommen:

„Der in Braunschweig versammelte 38. Deutsche Gastwirtetag spricht seine volle Befriedigung über den Geschäftsbericht aus, soweit der Inhalt die Tätigkeit der leitenden Personen betrifft.“

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen spricht Direktor Paumann-Berlin über das neue preussische Fortbildungsschulgesetz. Er wendet sich gegen den Beschluß der Abgeordnetenkommmission auf

Einführung des Religionsunterrichtes

in den Fortbildungsschulen und gegen die Unterstellung der Fortbildungsschulen auch unter die Aufsicht des preussischen Kultusministers. Er bekämpft auch die geistliche Schulaufsicht über die Fortbildungsschulen. Die Fortbildungsschule habe sich ihren Charakter erworben durch ihre sachliche Ausbildung, sie habe die jungen Leute zu ihrem Beruf erzogen und dieser sachliche Charakter soll ihr erhalten bleiben, denn nur dadurch kann die Fortbildungsschule die Aufgaben erfüllen, die ihr gestellt sind. Aus diesem Grunde wurde die Einführung des neuen Unterrichtsgegenstandes Religion die sachliche Ausbildung der Lehrlinge beeinträchtigen und daher müsse mit allem Nachdruck gegen den Kommissionsbeschluß auf Einführung des Religionsunterrichtes Einspruch erhoben werden. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß wir etwas gegen die Kirche oder die Religion haben, denn die Religion hat mit dieser Sache gar nichts zu tun. Wir sagen nur, daß die Fortbildungsschule bisher ihre Aufgabe ohne Religionsunterricht erfüllt hat, daß sie dies auch ohne Religion weiterhin tun kann. Auch Geistliche haben sich scharf gegen die Einführung des Religionsunterrichtes ausgesprochen und erklärt, sie könnten es garnicht verstehen, wie wirkliche Freunde der Religion sich mit einem Religionsunterricht von wöchentlich 30 Minuten einverstanden erklären könnten. Wenn Religionsunterricht erteilt wird, müsse er in konfessioneller Grundlage erteilt werden und dann bekommen wir katholische, evangelische und jüdische Lehrpläne. Das würde zur Zersplitterung und Zerrüttung unserer Fachschule führen und die Schule von ihrem wirklichen Zwecke entfernen. Die Fortbildungsschule ist in der glücklichen Lage, Lehrstoff zu haben, der die Jugend sittlich erzieht, sie allen sittlichen Anforderungen dienbar macht. Aus diesem Grunde schlägt ich folgende Resolution vor:

Der 38. Deutsche Gastwirtetag richtet an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe das dringende Eruchen, der Fortbildungsschule den geschichtlich gewordenen Charakter einer Berufsschule zu bewahren und im Interesse der sachlichen Ausbildung der Lehrlinge, sowie des religiösen Friedens die Einführung des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen abzulehnen, unjeweils als schon jetzt durch den Lehrstoff der Fortbildungsschule Einwirkungen in sittlicher Beziehung auf die Schüler ausgeübt werden können.“

Ferner beauftragt Paumann die Einführung einer einheitlichen Lehrplänezeit von 3 Jahren für das ganze Gastwirtsberuf und schlägt eine entsprechende Resolution vor.

In der Debatte unterliegt Fischer-Berlin die Anträge des Referenten: Seit Jahren bemühen wir uns, einen tüchtigen Nachwuchs zu erziehen und wir protestieren deshalb dagegen, daß die Fachschule durch Umwidmung des Religionsunterrichtes in ihren Aufgaben beeinträchtigt wird. Sie haben wohl alle die Aufträge des Geheimrates Mathias im Berliner Tagblatt gelesen, der hervorgehoben hat, welche geradezu verwerflichen Folgen der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule haben würde. — Degelow-Münsterdorf: Es ist selbstverständlich, daß wir gegen die Einführung des Religionsunterrichtes protestieren müssen.

Jürgensen-Kiel: Auch ich meine, daß wir in ganz energischer Weise von dieser Stelle aus gegen die Beschlüsse der Abgeordnetenkommmission vorgehen müssen.

Stallmann-Gelsenkirchen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht in die Fortbildungsschule hineingehört. (Unruhe.) Die Sozialdemokraten haben eine Jugenderziehung eingeführt; warum sollte da die Jugend von 14 bis 17 Jahren nicht Religionsunterricht bekommen, wo er ihnen wahrlich nützt. (Unruhe, Lachen und Schlußrufe.) Ich und meine Freunde protestieren dagegen, daß sich der Deutsche Gastwirtetag mit solchen Sachen befaßt. (Große Unruhe.)

Fischer-Berlin: Es ist hier kein Wort gegen die Religion gesprochen worden, niemand wurde verletzt. Wir wollen nur nicht, daß die jungen Leute in der Fachschule Religionsunterricht bekommen. Sie sollen sich um ihr Handwerk kümmern, religiöse Unterweisung bekommen sie an anderer Stelle. Viele bedeutende Leute, alle Handels- und Handwerkskammern haben sich auf denselben Standpunkt wie wir gestellt. (Beifall.) Beide Resolutionen werden darauf mit überwiegender Mehrheit fast einstimmig angenommen. Die Verhandlungen gehen morgen weiter.

Aus aller Welt.

Die zweite Etappe des deutschen Rundfluges. Die Zahl der Teilnehmer am deutschen Rundflug ist stark zusammengedrumpft. Dienstag früh fand in Magdeburg der Start zur zweiten Etappe, die nach Schwerin führt, bei schönem Wetter statt. Von den Fliegern, die die Strecke Johannisthal-Magdeburg mit Ausnahme von Lindpaintner mit mehreren Zwischenlandungen zurückgelegt haben, starteten Dienstag früh, kurz nach 4 Uhr Büchner, Lindpaintner, König, kurz nach 4 Uhr Büchner, Lindpaintner, König, zu ihnen gefellte sich Latitzsch und Dr. Wittenstein. Zu ihnen gefellte sich Latitzsch, der die Strecke Johannisthal-Magdeburg mit der Bahn zurückgelegt hat und sich erst von heute ab an dem deutschen Rundflug beteiligen wird. Sämtliche Flieger hatten einen Passagier an Bord. Von diesen Teilnehmern an der zweiten Etappe trafen nur Wenzeliers, Lindpaintner und König ohne Zwischenlandung am Ziel in Schwerin ein. Wenzeliers landete um 6 Uhr 5 Minuten, Lindpaintner um 7 Uhr 23 Minuten und König um 7 Uhr 23 Minuten. Wittenstein ist mit Passagier um 6 Uhr und Büchner 2 Minuten später in Schwerin glatt gelandet. Latitzsch hat sich verspätet und ist nach Braunschweig gekommen, gedenkt aber um 6 Uhr von dort zu starten und hofft in drei Stunden in Schwerin einzutreffen. — Das Befinden des bei Magdeburg verunglückten Fliegers Müller ist unverändert sehr ernst.

Zwei Gerichtsbeamte verhaftet. In Ragenellenbogen im Unterlahnkreis wurden am Montag zwei aufsehenerregende Verhaftungen vorgenommen. Nachdem am Sonntagabend im Amtsgericht zu Ragenellenbogen eine außerordentliche Revision durch einen höheren Beamten des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. stattgefunden hatte, wurden der Gerichtsschreiber Gerichtsssekretär Hoffmann, der auch den Posten eines Amtsanwalts bekleidet, und der Aktuar Hasenstrauch verhaftet. Beide wurden durch zwei Gendarmen in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Ueber die Ursache der Verhaftung wird folgendes bekannt: Als der Revisionsbeamte eine Prüfung der Gerichtsakten vornahm, wollte er von Hoffmann den Schlüssel zum Kassenbuch verlangen, machte Hoffmann allerlei Ausflüchte. Er gab unter anderem an, daß er den Schlüssel nicht bei sich habe. Die Zeit, die notwendig war, den Schlüssel abzugeben, benutzte Hoffmann, um sich einen Geldbetrag zu beschaffen, mit dem er seine Unterschlagungen

verdecken wollte. Diese Manipulationen entgingen jedoch dem Revisionsbeamten nicht. Hoffmann soll außerdem auch eine beim Amtsgericht in Ragenellenbogen eingereichte Klage wegen unlauteren Wettbewerbes nicht weitergegeben haben. Auch viele Reklamationen an das Amtsgericht waren erfolglos, bis sich schließlich die Antragsteller direkt an das Oberlandesgericht wandten. Wegen dieser Reklamationen erfolgte am Sonnabend die Revision der Klasse und die Suspendierung Hoffmanns vom Dienst. Aktuar Hasenstrauch soll Hoffmann bei seinen Straftaten Hilfe geleistet haben. Auch gegen den Gerichtsdiener wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Schweres Bauunglück. Ein schweres Bauunglück hat sich in Schwelm am Dienstag Vormittag ereignet. Die bereits seit längerer Zeit bestehende Schmelzfabrik von Heimann wurde gegenwärtig durch den Anbau eines dritten Stockwerkes vergrößert. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache stürzte gestern während der Arbeit plötzlich ein Teil der Frontmauer des Fabrikgebäudes ein. Bei dem Einsturze sind zwei Arbeiter auf der Stelle getötet worden, ein dritter wurde lebensgefährlich, fünf bis sechs Arbeiter mehr oder minder schwer verletzt. Zwei Mann liegen noch unter den Trümmern und konnten bis in die ersten Nachmittagsstunden nicht geborgen werden, sobald sie zweifellos ebenfalls tot sind. Die Vergungs- und Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt. Eine Gerichtskommission ist an Ort und Stelle erschienen.

Schwerer Unfall in einem Kalibergwerk. Im Kalibergwerk Bernerode (Kreis Worbis) im Hannoverschen ereignete sich am Montag beim Abtaufen eines Hüllschachtes ein schweres Dynamitunfall. Der Schachtarbeiter Nebel war damit beschäftigt, eine Dynamitpatrone zu befestigen. Er traf aus Unvorsichtigkeit die Dynamitpatrone dabei mit seinem Stemmeisen, wodurch diese explodierte. Nebel wurde der Kopf zerschmettert, so daß der Tod sofort eintrat. Ein anderer Bergmann, namens Meck, wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht.

Schweres Eisenbahnunglück. Bei der Station Schwarzenader unweit Domburg hat sich Dienstag Mittag ein Eisenbahn-

unglück ereignet. Der zwischen Domburg und Zweibrücken verkehrende Güterzug Nr. 2365 entgleiste bei Schwarzenader infolge falscher Weichenstellung und stürzte teilweise die Böschung hinab. Bei dem Unglück haben der Lokomotivführer Haag und der Geizer Weber ihr Leben eingebüßt. Der Zugführer Kieffer, der sich jedoch rechtzeitig durch Abpringen retten konnte, erlitt einen Beinbruch und eine leichte Stirnverletzung. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht.

Der brennende Hiesenhut. Während der Vorstellung des russischen Ballets im Charles-Theater in Paris wurde am Montag im Publikum der Ruf „Feuer“ laut. Eine Panik entstand, doch lehrten die Zuschauer allmählich zu ihren Plätzen zurück, als es sich herausstellte, daß der Brandgeruch aus einer Parterrelage kam, in der aus bisher unbekanntem Grunde der große Hut einer Dame Feuer gefangen hatte. Die Dame warf den Hut entschlossen zur Logentür heraus. Dort wurde der Brand gelöscht.

Erdbebenverwüstungen in Amerika. Aus Amerika wird telegraphiert, daß das jüngste Erdbeben, wie jetzt bekannt wird, in der Stadt Ciudad Guzman, 100 Kilometer nordöstlich vom Vulkan Colima, ungeheure Verwüstungen anrichtete. Ueber 100 Häuser wurden zerstört. Die Ueberlebenden befinden sich in größter Not. Von 10.000 Einwohnern sind ja zahlreiche getötet. Viele Personen wurden verletzt. Die meisten sind obdachlos.

Schreckensgenen beim Großfeuer in Liverpool. Der Brand eines Warenlagers in einem Vorort von Liverpool, bei dem sechs Personen ums Leben kamen, brach, einem Telegramm zufolge, frühmorgens um 1 Uhr aus. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor dem brennenden Gebäude an und wurde so Zeuge der ansehnlichen Szenen, die sich dort abspielten. Der 42-jährige Kaufmann Lindow, in seinen Armen sein jüngstes Kind, erlitten verschiedene Male am Fenster und rief um Hilfe. Auch Frau Lindow erschickte niederkniet am Fenster und bat jemanden, man möge doch die Kinder retten; sie wurde später auf dem Hofe des Hauses hoffnungslos aufgefunden. Als man des Brandes endlich Herr wurde, fand man die Leichen des Kaufmanns Lindow, seines Bruders und seiner vier Kinder vollständig verkohlt vor.

1895 Der Komponist Richard Gené: †.
1905 Der Afrika-reisende Wissmann †.

Von der Breslauer Handwerkskammer.

Im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Schlesien tagte am Dienstag die 18. Vollversammlung der Handwerkskammer für den Bezirk Breslau unter dem Vorsitz des Schlossermeisters Kirsch in Waldenburg. Kammerpräsident Dr. Paesche gab den Geschäftsbericht über das Jahr 1910.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist die Kammer nicht viel weiter gekommen. Die Kammer verfolge die Wege, die die Interessen des Handwerks fördern, in stiller Arbeit, ohne daß die erreichten Ergebnisse in die Welt hinausströmen werden; das Publikum werde allerdings dadurch irreführt, indem es zu der falschen Ansicht kommt, daß für die Handwerker nichts getan werde. Auf den Gebieten des Prüfungswesens, der Besetzung der Lehrstellenverhältnisse, der Lehrstellenvermittlung, Fach- und Fortbildungsschulwesen, Meisterkurse usw. wurde Fortschrittlches erreicht. Der Kampf gegen die Schädigungen des Submissionswesens, unzulässiger Konkurrenz, ruhe keinen Augenblick. Der „unersetzten“ sozialen Gesetzgebung wolle die Handwerker nicht folgen, und könnten Abgeordneten, die darin um die Gunst der Meister buhlten, ihr Vertrauen nicht schenken. (Dieser Satz ist für eine Handwerkskammer sehr bezeichnend.)

Ueber die Lehrungsverhältnisse wird folgendes berichtet: Das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis vom 30. Mai 1909 begann schon seine fegensreichen Früchte zu tragen. Die Kammer habe dadurch einen besseren Einblick in die Lehrlingshaltung gewonnen. Zur großen Freude der Kammer hat das Oberlandesgericht in Breslau in einem Urteil anerkannt, daß auch die Lehrlinge in Fabriken zur Gesellenprüfung anzumelden sind. Die Lehrherren, die dagegen fechten, verfallen einer Strafe. Anträge auf Abkürzung der Lehrzeit wurden in 56 Fällen gestellt und von der Kammer genehmigt. Hauptächlich wurde die Abkürzung auf zweiährige Lehrzeit gefordert. Die Lehrstellenvermittlung in Breslau habe sich befriedigend entwickelt; doch liege noch kein näherer Bericht vor. Stipendien wurden in 13 Fällen gegeben; an drei Löhler, vier Bildhauer, einen Maler und fünf Schornsteinfeger. Ueber die Gesellenprüfungen konnte Dr. Paesche nichts Neues berichten. (Das ist doch merkwürdig. Ist denn da alles so gut geschaffen?) Die Zahl der Prüfungsausschüsse ist dieelbe geblieben. Die Handwerkskammer hat 116, die Innungen haben 483. Die Meisterprüfungen haben sich vermehrt: die Zahl betrug 475. Ueber das Submissionswesen gingen verschiedene Klagen ein, sei aber schwer gewesen, die Beschwerden auf ihre Richtigkeit zu prüfen, denn sie waren nicht genau begründet. Das Submissionswesen ließe sich aber nur auf gesetzlicher Grundlage regeln.

Ueber die Lage des Handwerks selbst verbreitete sich der Synodus ausführlich, die Konjunktur sei nicht gut gewesen; in den kleineren Städten und auf dem Lande seien die Verhältnisse einigermassen günstig, weil dort die Handwerker viel Kundenschaft von der Landbevölkerung hätten. In der Großstadt sei aber die Kaufkraft geringer. Man meinte hätte das Baugewerbe durch die monatliche Arbeiterbewegung (soll wohl heißen Auslieferung) zu leiden gehabt. Sehr zu beklagen sei, daß der zweite Teil des Gesetzes über Sicherung der Bauforderungen, noch aller Bemühungen der Kammer in Berlin noch nicht eingeleitet sei. Immer lechziger wurden die Bestrebungen der Frau, sich einen Platz im Handwerksleben zu erobern. Man und für sich könnte man dagegen nichts einwenden; doch gleiche Rechte verlangen auch gleiche Pflichten. Darin aber haperte es bei den Frauen. Es hat sich in Breslau eine Innung von Tanteinweiderinnen gebildet, deren Statut auch von der Kammer genehmigt worden ist. Wollte man streng sein, so müßte man den Innungsmitgliedern den größten Teil der Lehrlinginnen von der Innung wegholen lassen, da sie sich nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen richten. Das gäbe aber ein großes Geschrei. Nachdem die Frauen über ihre Pflichten aufgeklärt worden sind, habe die Begeisterung nachgelassen. Wenn auch das Handwerk noch sehr gedrückt sei, so könne doch zahlenmäßig wohl der Beweis geliefert werden, daß es auch recht lebensfähig sei und von einem Untergang des Handwerks nicht die Rede sein könne. Das Handwerk sei eine „Säule des Mittelstandes“.

Die weiteren Vorlagen behandelten den Gesetzentwurf über die Fortbildung der Privatangestellten und den Gesetzentwurf über die Fortbildungsschule. Der erste Referent Dr. Paesche erblidete in der Fortbildung der Privatangestellten eine weitere schwere Belastung auch des Handwerks. Die Durchführung koste sehr viel Geld, der soziale Frieden werde dadurch nicht erreicht werden; im Gegenteil, die versicherungspflichtigen Arbeiter werden daselbe fordern, was man den Privatbeamten gewährt hatte. Die Kammer schlägt eine Erörterungsjubiläum vor, die die Verammlung ohne Debatte amachn. Zur Fortbildungsschule, über die Herr Kirsch sprach, wurden nach kurzer Debatte folgende Forderungen angenommen:

- 1. Der vorliegende preussische Fortbildungsschulgesetzentwurf ist an sich freudig zu begrüßen. Die rechtsgerechte Regelung dieser Materie ist in der Zukunft zu erwägen. Der Inhalt des Entwurfs hat im ganzen unsere Zustimmung. Im einzelnen gefallten wir uns nachstehende Forderungen und Wünsche zur tunlichsten Berücksichtigung zu kumertreiben:
2. Die Fortbildungsschulpflicht ist nicht nur bei Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern, sondern überall da, wo eine Fortbildungsschule lehrungsfähig erscheint, mindestens aber in Gemeinden, welche 5000 und mehr Einwohner haben, einzuführen.
3. Den §§ 2 und 3 des Entwurfs ist ebenso wie dem § 1 zwingende Form zu geben und auch hier die Mindesteinzwohnerzahl auf 5000 herabzusetzen.
4. Für Handwerkslehrlinge ist die Fortbildungsschulpflicht grundsätzlich auf die ganze Dauer der Lehrgang auszubehalten.
5. Für Handwerkslehrlinge hat die Fortbildungsschulpflicht mit dem Befahren der Gesellenprüfung wegzufallen.
6. Der Sonntags- und Feiertagsunterricht ist bis 2 Uhr Nachmittags zu gestatten.
7. Die Erhebung von Schulgeld von den Arbeitgebern sollte, als mit dem Charakter einer Zwangsschule nicht vereinbar, unterbleiben.
8. In den Schulverhältnissen ist dem Handwert ausreichende Berücksichtigung zu sichern und mindestens ein Drittel der Sätze zu überlassen.
9. Der Unterricht ist den gelehrten, getrennt von den ungelehrten Arbeitern zu erteilen.
10. Nach Möglichkeit sind Fachklassen oder Klassen für verschiedene Berufe zu bilden.
11. Der fachliche Unterricht ist tunlichst durch Handwerker zu erteilen.
12. Bei Schularbeiten soll auch geringe Arbeit als Qualitätsmaßstab gelten und die Geschäftsbildung auch nachträglich geschehen können.
13. Der Inhalt der im Gesetz vorzusehenden Vorschriften (durch Ortsparat, Bericht des Bezirksausschusses, des Gemeindebevo. Vorstandes), sind die Handwerks- und Handwerkskammern zu hören.

Die Verammlung beschloß, für das Gewerkschaftsheim der Handwerker einen laufenden Betrag von 5000 Mark jährlich auszugeben, neuer 5000 Mark zur Unterhaltung bestehender Handwerker, die das Gewerkschaftsheim aufsuchen wollen. Weiter

Vorlagen wurden in geheimer Sitzung verhandelt. Aus der allgemeinen Debatte sind die Ausführungen des Bildhauermeisters Anders hervorgehoben, der dem Kammerpräsidenten vorhielt, wegen des Konkurrenzstempels seine volle Schuldbiligkeit getan zu haben. Dem Bildhauer werde durch die Lehrer an der Kunst- und Kunstgewerbeschule eine schwere Konkurrenz bereitet, indem sie staltliche oder städtische Arbeiten übernehmen und sie mit fremden Hilfskräften und ihren Schülern ausführen, und sich dadurch einen Nebenverdienst von Tausenden sichern. Er brachte hierzu einige Beispiele vor. Es müßte von der Kammer dagegen etwas getan werden, da die Beschwerden der Innung immer fruchtlos bleiben. Dr. Paesche erwiderte, daß, soweit es sich um die Kunst und Kunstgewerbeschule handle, die Kammer beim Abgeordnetenhaus Schritte getan habe, die aber noch keinen Erfolg hatten; wegen der Handwerker- und Kunstgewerbeschule wären seines Wissens noch keine Beschwerden eingelaufen.

Die gelben Bäckergefallen.

Die mit ihren Meistern zu ihrem eigenen Schaden durch Dieb und Dumm gehen, haben ihren Kopf- und Logisherren wieder einen Nebenverdienst erwiesen. Sie hielten auf Anweisung der Innungsherren am Dienstag Nachmittag eine Zusammenkunft ab und haben sich gegen den Vorkott erklärt. Wir können es den Herren nachfühlen. Da der Vorkott gegen die rückständigen Bäckermeister von der Breslauer Bevölkerung sehr scharf durchgeführt wird, brennt es diesen Leuten sehr auf den Nägeln. Die vielen „Erklärungen“ in der bürgerlichen Presse haben den Herren nicht viel genützt.

Wie ein Ertrinkender an einen Strohhalme, so klammern sich jetzt die Bäckermeister an ihre gelben Gefellen. Die sollen jetzt die Deckungszeit unsicher machen mit „Erklärungen“ gegen den Vorkott. Zur gestrigen Versammlung waren nur die Meister mit den „zuverlässigen“ meistertreuen Gefellen eingeladen. Wer keine an ihn adressierte Einladungskarte hatte, wurde nicht hereingelassen. Um aber ganz sicher zu sein, daß auch nur wirklich „meistertreue“ Gefellen anwesend sind, wurden die Gefellen im Saal noch genau kontrolliert. Einige Gefellen, die als nicht ganz sauber galten, wies man hinaus, trotzdem sie mit Einladungskarten versehen waren. Als man dann endlich glaubte, unter sich zu sein, konnte das gelbe Theater beginnen.

Der Referent des Tages war der bei seinem Bruder auf der Werderstraße beschäftigte Geiße Babian. Dieses „Referat“ war natürlich weiter nichts, als eine Wiederholung der bekannten Schwaubegeichten und Berunglimpfungen gegen die Organisation der Bäcker und deren Führer. Zum besseren Verständnis dieses „Referats“ wollen wir bemerken, daß dieser Babian schon einmal Mitglied des Bäder- und Konditoren-Verbandes war und auch eine Zeitslang Beiträge für die Organisation einzahlte. Eines schönen Tages riefte dieser Weibchen nach Königshütte, ohne vorher die einflussreichen Geiße an die Organisation abzuliefern. Erst als ihm mit dem Staatsanwalt gedroht wurde, lieferte er die Beiträge ab. In Königshütte verstand es Babian, sich an die Spitze des dortigen gelben Bäckergefellens zu stellen. Im Frühjahr dieses Jahres verließ er Herr Babian auch von Königshütte, ohne über das letzte gelbe Bäckergefellens abgerechnet zu haben. So sehen die Leute aus, die die Breslauer Bäckermeister aus der Tasche reißten sollen.

In der Versammlung schien es auch, als ob die meisten der Meister die Wichtigkeit des Referats schon kennen würden. Des Mißbehagens, den Bäckermeistern aus ihrer abhängigen Lage zu helfen, soll nach der Ansicht dieses Babian der Segen böhösisch sein. Die tarifrunden Bädervereine sollen boykottiert werden; auch sollen die Bäckermeister, die vernünftige genug waren, den Tarif der Organisation anzuerkennen, angezigt werden, damit ihnen die Versicherungen an Kantinen und Gastwirtschaften entzogen werden. Ferner wollen die gelben Bäckermeister alles aufwiehen, daß kein organisiertes Bäckergefellens in Breslau Arbeit bekommt. Nun, diese Gefellen, die so sehr um das Wohl der Meister besorgt sind, werden mit alledem auch kein Glück haben. Es kommen gewiß noch zur Einsicht; hoffentlich ist es nicht zu spät.

Da die Berichte an die bürgerlichen Blätter schon vor der Versammlung fertig waren und darin von einer „art“ bezeichnend, Verammlung alsbald wird, wollen wir gleich feststellen, daß genau 169 Meister, darunter eine ganze Anzahl Bäckermeister, anwesend waren. So finden da die von der Bäckerinnung vorgeführten 550 „meistertrauen“ Gefellen?

Der Vorkott gegen die Bäckermeister, bisher Schmariz des Bäckerverbandes nicht anerkannt haben, ist nicht aufgehoben, sondern wird weiter geführt. Alle gewerkschaftlich und politisch Organisierten mit ihren Frauen laufen also nur dort ihre Waren, wo die rot umrandeten Plakate ohne Aufschrift ausgehängen.

Vor dem Umzuge entsteht wieder die Frage: Wann müssen in Breslau die Wohnungen geräumt sein? Es herrscht darüber noch viel Unklarheit. In Breslau richten sich die Umzugstermine nicht nach der Höhe der Miete, sondern nach der Zahl der Wohnzimmern. Die Räumung muß nach einer Polizei-Verordnung beendet sein:

- 1. bei kleinen, höchstens aus zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am ersten Quartalsstage;
2. bei mittleren, aus 3 bis 4 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am zweiten Quartalsstage bis 12 Uhr Mittags;
3. bei großen, mehr als 4 Wohnzimmern und Zubehör umfassenden Wohnungen am dritten Quartalsstage um 12 Uhr Mittags.

Die verlängerte Räumungsfrist bei mittleren und großen Wohnungen wird nur mit der Maßgabe gewährt, daß bei Wohnungen, welche aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am ersten Quartalsstage vollständig geräumt dem neu einziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Möbel usw. zur Verfügung gestellt werden. Unter Zubehör einer Wohnung sind Kaminen, Säulen, Kammer, Badräume, Verstellbänke und Bettstellen zu verstehen.

Wenn Umzuge darf dann nicht vergessen werden, sich bei der Polizei rechtzeitig an- und abzumelden. Die Militärpersonen des Bezirkskommandos haben außerdem noch dem Bezirkskommando sofort anzugeben, daß sie ausgezogen sind, und ihre Papiere dahin berichtigen zu lassen. Der das Material, wird bestraft.

Um ferner beim Wohnungswechsel in der Bestellung von Postkästen keine Verögerung zu erleiden, empfiehlt es sich, die neue Wohnung nicht nur dem Briefträger genau anzugeben, damit er die Postkästen nachsenden lassen kann, sondern man mache auch dem Postamt rechtzeitig eine entsprechende Mitteilung, zu welchem Zweck jede Postanstalt entsprechende Formulare abgibt. Schließlich vergesse niemand,

das Abonnement auf die „Wolfs wacht“ rechtzeitig zu erneuern, und denke auch daran, der Wotensfrau oder der Expedition den Wohnungswechsel mitzuteilen, damit die Zeitung pünktlich bestellt werden kann.

Zum Streit in der Zigarrenfabrik Jakob, Brandenburgerstraße 30, wird uns berichtet, daß es der Firma unter Anwendung eigentümlicher Mittel gelungen ist, mehrere Arbeiterwillige aus Ohlau heranzuziehen. Die Stimmung unter den Streikenden ist trotzdem gut, da sie überzeugt sind, daß weitere „nützliche Elemente“ kaum noch zu finden sein dürften. Die Breslauer Arbeiterschaft machen wir darauf aufmerksam, daß der Kampf um die Anerkennung des für Breslau geltenden Minimaltarifs gefährdet wird. Es sind durchaus beachtenswerte Forderungen, die dieser Tarif enthält, Forderungen, die bei einigem guten Willen von der Firma bewilligt werden könnten. Die Streikenden geben sich der Hoffnung hin, daß die Breslauer Arbeiterschaft dem Beschlusse des Gewerkschaftsrates, die um eine bessere, menschenwürdige Lebenshaltung so schwer ringenden Tabakarbeiter energisch zu unterstützen, Rechnung tragen und nur Fabrikate aus Betrieben kaufen wird, wo der Tarif anerkannt wurde. Vor allem werden die Arbeiter die Fabrikate eines Unternehmers richtig einzuschätzen wissen, der da glaubt, die bescheidenen Wünsche seiner Arbeiter ohne weiteres ablehnen zu müssen.

Die Frauen-Versammlung in Sachwitz am Sonntag war sehr gut besucht. Genoffin Greisenberg verstand es in ihren anderthalbstündigen Ausführungen, das Leben und Leiden der Arbeiterfrau mit ihren Kindern ergreifend zu schildern. Die Anwesenden folgten dem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit und kosteten der Rednerin vielen Beifall. Mehrere Mädchen und Frauen ließen sich sofort als Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins einschreiben. Es geht also auch in Sachwitz vorwärts. Und weitere Ausnahmen stehen bevor.

Die Dorfschulen von Gräbichen sind am Montag in die städtische Schulverwaltung übernommen worden.

Krankheitsbericht aus dem Landkreis Breslau. In der Woche vom 4. bis 10. Juni 1911 erkrankten an Diphtherie: in Kietendorf 1 Person, in Roberwitz und Betschütz je 5 Personen; an Scharlach: in Kietendorf und Weide je 1 Person, in Krietern 2 Personen. Es starb an Tuberkulose: in Brockau, Herrmrolich (Pflegerhaus) und Krietern je 1 Person.

Ueber die Seilanstalt für Unfallverletzte auf der Gustav Freytagstraße, wo die verunglückten Arbeiter von Herrn Dr. Vogatzki und einigen anderen Ärzten kuriert und versorgt werden, gehen uns wieder einmal Bescheidungen zu. Es ist die Verköstigung, worüber sich die Verletzten beklagen. Sie sind gewiß von zu Hause aus nicht verdoht, aber was ihnen in der Anstalt vorgezogen wird, gefällt ihnen nicht. Zum ersten Frühstück gibt es eine kleine trockene Semmel und 1/2 Liter Kaffee, als zweites Frühstück eine dünne Schnitte Brot mit wenig Wurst und ein Glas einfaches Bier. Das Mittagessen besteht meistens aus Graupe, Erbsen, Linsen, die dick eingekocht sind; dazu kommt ein kleines Stück Fleisch. Gemüse wird selten auf den Tisch gebracht und Bratenfleisch wird den Leuten nie vorgezogen. Nachmittags wiederholt sich das, was vom ersten Frühstück gilt und Abends erhalten die Verletzten für ungefähr 10 Pf. Wurst, Butterbrot und einfaches Bier. Bleibt vom Mittagessen etwas übrig, so wird davon Abends oder am anderen Tage Suppe gemacht. Die Anstalt, die zurzeit 160 Verletzte beherbergt, bekommt für jeden Mann von den Versicherungsanstalten etwa 1 Mark täglich. Die Verunglückten sind nun der Ansicht, daß sie als leidende und durch Unfälle geschwächte Personen eine bessere Kost verdienen, denn die Leistungen an den Maschinen allein können die kranken Körper Teile wie den ganzen Menschen nicht in Ordnung bringen.

Beim zuständigen Arzt der Seilanstalt, Herrn Dr. Rein, und bei den Versicherungsanstalten haben sich die Verletzten wiederholt beschwert, aber nichts erreicht. Ja, in den letzten vier Wochen sind vier Pfleglinge aus der Anstalt entlaufen, weil sie nach ihrer Meinung bei dem Essen nicht bestehen konnten. Viel leicht tragen diese Feilen mit dazu bei, die Verhältnisse eingehend zu untersuchen und zu bessern.

Keine Mittagspause im Bauwesen. Der Kaufmannslehrling Bittner, der in der Filiale der Landesbank beschäftigt war, hatte die Stellung selbst aufgegeben, weil ihn der Bureauvorsteher einen dummen Jungen genannt hatte. Der Prinzipal stellte ihm ein Zeugnis aus, daß er treu und fleißig war, aber die Stellung unberechtigt verlassen habe. Der Lehrling klagte im Verstande seines Vaters auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses und Zahlung des Kostgeldes für 2 Monate mit je 30 Mark. Es stellte sich in der Beweisaufnahme heraus, daß der Lehrling monatelang keine Mittagspause halten durfte. Die Bank hat die englische Tischzeit einwärts; die Angestellten haben eine durchgehende Arbeitszeit von 9 bis 4 Uhr. Die Geschäfte häufen sich aber oft so, daß die Beschäftigung bis 6 oder 7 Uhr Abends ausgedehnt wird. Der Vater bemerkte, daß sein Sohn in der Regel oft um 7 1/2 Uhr Abends nach Hause gekommen ist. Der Bankdirektor erklärte, daß er davon kein Wissen habe; er halte streng darauf, daß die Leute, wenn der Betrieb eine längere Arbeitszeit erfordert, ihre Mittagspause haben. Demgegenüber wurde dem Bureauvorsteher vorgehalten, daß er ungehalten war, weil der Lehrling einmal länger als sonst frühstückte. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma, weil eine Einigung nicht zustande kam, zur Zahlung von 60 Mk. und Ausstellung eines Urteiles ohne jede Bemerkung, die dem Lehrling das Fortkommen erschweren könnte. Nicht in der Vernehmung, sondern in dem monatelangen Ausfall der Mittagspause erblickte das Gericht ein Recht, die Stellung zu verlassen. So ein junger Mensch von 15 oder 16 Jahren müsse regelmäßige Cspausen haben.

Die weiße Jacke des Kellners. In dem Garten-establisement von Fuchs in Kleinbrunn ist es Brauch, daß die bedienenden Kellner mit einer weißen Jacke besetzt sein müssen. Der zur Aushilfe angenommene Kellner Berley, der bereits zwei Stunden gearbeitet hatte, ist entlassen worden, weil er sich weigerte, die weiße Jacke anzuziehen. Berley klagte vor dem Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung für einen Tag von 5.- Mark. Er führte in der mündlichen Verhandlung an, er habe sich nur deshalb weigert, die Jacke anzuziehen, weil sie schon ein anderer getragen hatte; man könne ihm nicht zumuten, in getragenen Kleidungsstücken seine Arbeiten zu verrichten. Es sei schon vorgekommen, daß sich durch das Tragen solcher Kleidung die Kellner verunreinigt haben. Der Beklagte mußte zugestehen, daß die Jacke schon getragen war. Das Gewerbegericht nahm mit dem Kläger an, daß die Kellner getragene Kleidungsstücke oder Wäsche abliefern dürfen. Herr Fuchs wurde verurteilt, 5,50 Mk. Schadenersatz zu zahlen.

Nicht tarifmäßig bezahlt. Der Zimmerer-Junggeheile Winkler war von der Baugesellschaft Kirz u. Jassal sechs Tage auf Montage beschäftigt worden. Er erhielt 58 Pfennige Stundenlohn, aber keine Auslösung (Rostgeld). W. forderte auf dem Klagenwege sechs Mal 1,50 Mark, also 9 Mark, und außerdem die Kosten und sonstige Entschädigung, zusammen 10 Mark. Die Beklagten gaben an, daß ihnen nach dem Tarif für das Baugewerbe das Recht zustand, mit dem Kläger, der Junggeheile sei, über die Arbeitsbedingungen eine freie Vereinbarung abzuschließen. Der Kläger sei mit 58 Pfennig ohne weitere Rückschlüsse einverstanden gewesen; somit stehe ihm ein Anspruch nicht mehr zu. Der Verbandsbevollmächtigte Goldschmidt, der den Kläger vertrat, bemerkte, daß dem Beklagten allerdings das Recht zustand, den Lohn, aber nur diesen, nach freier Vereinbarung festzusetzen. Ueber die Lohnzuschläge bei Montagearbeiten jedoch sei die freie Vereinbarung ausgeschlossen, die müssen für Junggeheile genau so bezahlt werden, wie für ältere Zimmerer. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gewerbegericht. Es kam ein Vergleich zustande, wonach der Kläger 12 Mark erhielt.

Nur boykottfreie Badwaren darf der Gewerkschaftler und Parteigenosse kaufen. Arbeiterfrauen, beachtet das!

Wissenschaftlicher Vortragskursus.

Der sechste wissenschaftliche Vortragskursus des Breslauer Bildungsausschusses, der gestern Dienstag Abend im Gewerkschaftshaus seinen Anfang nahm, hat trotz der ungewohnten Jahreszeit eine große Zuhörerschaft an sich gezogen. Etwa 650 Genossen und Genossinnen waren dem Rufe des Bildungsausschusses gefolgt, um sich vom Genossen Dr. Duncker eine Einführung in die Grundsätze und Forderungen der sozialdemokratischen Partei geben zu lassen. Sie begleiteten den Vortrag des ersten Abends, den Genosse Duncker in außergewöhnlich lebendiger und fesselnder Weise, seine Zuhörer zur aktiven Mitarbeit ermunternd, hielt, mit der größten Aufmerksamkeit. Der wissenschaftliche Lehrer erläuterte zunächst die Begriffe Sozialismus, Demokratie und Sozialdemokratie und ging dann über, die sozialistische Weltanschauung, unser Programm und unsere Gegenwartsforderungen in ihren gegenseitigen Beziehungen zu erklären. Während er so den ersten Abend dazu benutzte, die philosophischen Grundlagen des Sozialismus aufzuweisen, wird der zweite Abend, Freitag, dazu dienen, die Bausteine für die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus zusammenzusetzen. Der dritte wird für die Zuhörer reichlich Veranlassung vorliegen, sich Notizen zu machen und Zahlen aufzuschreiben, um das Gehörte besser durchdenken und durcharbeiten zu können. Zu diesem Zwecke wird für genügenden Raum zum Schreiben gesorgt werden und es empfiehlt sich deshalb auch, Speisen und Getränke möglichst vor dem Vortrag und in der Pause zu sich zu nehmen, damit genügend Platz und Ruhe zum Schreiben vorhanden ist. Ferner empfiehlt es sich, daß alle Teilnehmer pünktlich erscheinen, damit als Beginn des Vortrags Punkt 8 1/2 Uhr angefaßt werden kann. Die Eindrücke des ersten Abends werden die Teilnehmer zu regelmäßigem Besuch ermuntern.

In dem Stabberichtsbericht über die Beratung der Sonntagsruhe heißt es irrtümlich, Gen. Löbe meint, daß die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auch als ein Segen für die kleinen Saalhaber sich bewähren werde. Es muß natürlich heißen: für die kleinen Ladeninhaber.

Wahl zur Kreisversammlung. Die Liste der für die Kreisversammlung wahlberechtigten Mitglieder der Breslauer Gewerkschaft vom 12.-26. Juni in der Abteilung VI des Polizeipräsidiums, Rosenhallerstraße 11/13, I. Stock, Zimmer 8, zur Einsicht öffentlich aus.

Wahlberechtigung in der inneren Stadt. In der Ecke der Schweidnitzerstraße und Zwingerplatz ist nunmehr der Riesen-Neubau eines Geschäftshauses vollendet worden. Der fünf Stockwerke zählende Bau hat im Parterre moderne Geschäftsläden im ersten Stock wird ein Café eröffnet, die anderen Stockwerke dienen großen Firmen als Geschäftsräume.

Zeppelinstraße. Auf Vorschlag des Magistrats hat der Polizeipräsident der Straße, die westlich der Kopischstraße mit dieser gleichlaufend von der Gräblicher Chaussee bis zu der Breslauer-Freiburger Eisenbahn führt, die Bezeichnung „Zeppelinstraße“ gegeben.

Zentralverband der Händler und Hausierer. (Zahlstelle Breslau.) Donnerstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokal von Jofiel, Kupferschmiedestraße 21, Beratung. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Arbeiter-Szenographenverein. (System Irensd.) Donnerstag Übungsabend im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Schauspielhaus. Heute, Mittwoch findet die vorletzte Aufführung der Vaudeville-Posse „Polnische Wirtschaft“, von Kraus und Okonowski, Musik von Gilbert, statt. Morgen wird die „Polnische Wirtschaft“ zum letzten Male gegeben, und verabschiedet sich in dieser Vorstellung das Mag Walden-Ensemble vom Breslauer Publikum.

Sommer-Theater (Viehischs Etablissement). Heute Mittwoch, den 14. Juni, gelangt die Novität „Bummelstudenten“, Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Rud. Bernauer und Rud. Schaner mit neuen Musikstücken von Willy Bredschneider und Bogumil Jopler zum 2. Male zur Aufführung. — Im Garten konzertiert die Kapelle des 11. Regiments unter Leitung des k. k. Musikdirektors A. Heindel. — Morgen Donnerstag wird „Bummelstudenten“ wiederholt.

Schieferwerber-Konzert. Heute, Mittwoch, konzertiert die Stadttheater-Kapelle unter Leitung von Kapellmeister Ziffor. Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten. Heute Mittwoch vorletzter Abend, morgen Donnerstag Abschieds-Vorstellung des Spezialitäten-Ensembles, Freitag vollständig neues Programm.

Viktoria-Theater. Die jugkräftige Bendersche Ausstattungs-Revue „Bei uns in Breslau“ geht ihrer 50. Aufführung entgegen. Heute Mittwoch geht dieselbe bereits zum 44. Male in Szene. Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß jeden Freitag eine Nichtraucher-Vorstellung stattfindet. Der nächste Nichtraucher-Abend findet kommenden Freitag, den 16. d. M., statt. Vorverkauf täglich von 9-2 Uhr im Theaterbureau, außerdem tagsüber im Verkaufsbureau Parash.

Durch Kurzschluss in einer elektrischen Leitung war am Dienstag im Keller des Hauses Herrenstraße 7a alles Gerümpel in Brand geraten, der aber bald erlosch werden konnte.

Unfall auf der Straße. Der Ring 56 wohnende Tapezierermeister Wirsche hatte am 12. Juni das Unglück, auf der Grünen Köhrseite des Ringes zu fallen und sich am Hinterkopf so schwer zu verletzen, daß er auf die Unfallstation gebracht werden mußte, wo ihm ein Verband angelegt werden mußte.

Zum Stubenbrande im Hause Matthiasstraße 180, bei dem drei kleine Kinder in Lebensgefahr gerieten, wird noch gemeldet, daß die Rettung der Kinder dem Kapellmeister Zimmernann, Matthiasstraße 180, und dem Lagermeister Kynast, Weinststraße 29, zu danken ist. Die Stuben, wo die Kinder im Bette saßen, war voller Rauch; wäre die Hilfe einige Minuten später gekommen, so hätten die Kinder sicher nicht mehr gelebt. Die Eltern der Kinder waren Vormittags fortgegangen, um ihr jüngstes Kind, das in der Klinik gestorben war, zu beerdigen. Durch den Brand hätten sie fast noch drei ihrer Kinder verloren.

Streichholzverbrechen. Eine verheiratete Frau, die am zweiten Pfingstfeiertage von Scheitnig nach Cavallen ging, wurde am Schwarzwaldbach von einem ihr bezeugenden jungen Manne vergewaltigt. Der Täter entsetzte sich nach Beerdigung zu. Er ist etwa 23-25 Jahre alt.

Schwere Körperverletzung. Der Wächterstraße 20 wohnende Arbeiter Rabe hand in der Nacht zum 12. Juni um

etwa 12 Uhr mit seiner Frau vor der Haustür seiner Wohnung und wartete, bis jemand ihm öffnete, da er den Hauschlüssel vergessen hatte. Da kam ein unbekannter Mann an den beiden vorbei, rempelte den Rabe an, und als sich dieser das verbat, verfehlte er ihm drei Messerstiche ins Gesicht. Ein dannkommender Handelsmann, der den Angreifer festhalten wollte, erhielt auch einen Messerstich in die Hand. Rabe hatte noch soviel Entschlossenheit und Kraft, den Messerstecher bei der Brust zu packen und festzuhalten; dieser riß sich aber los und ließ den Vorderriß der Weste mit Uhr und Kette in den Händen Raves. Der Messerheld ist etwa 25 Jahre alt. Die in den Händen Raves verbliebene Uhr ist eine alte silberne Remontoir-Kapelluhr Nr. 57563. Der unbekannte Handelsmann und andere Zeugen des Vorfalls und sonstige Personen, die über den Täter Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 54, zu melden.

Ein Kellerfeuer rief die Feuerwehr am Mittwoch Vormittag gegen 9 1/2 Uhr nach Ufuhlinerstraße 11/12. Im Keller lagendes Stroh war in Brand geraten und entwickelte einen fürchterlichen Qualm. Die Feuerwehr hatte fast eine Stunde zu tun, um das Feuer zu löschen.

Selbstmord oder Raubmord? Heute früh hat ein Partwächter im Scheitniger Part einen unbekanntem Mann erhängt vorgefunden, der den „besseren“ Ständen angehört. Da das Vorkommnis geraubt worden ist und die Leichenseite umgekehrt war, wird auch ein Raubmord vermutet.

Einbruch in ein Tapissergeschäft. In der Nacht zum 13. Juni sind Diebe in das Tapissergeschäft Kaiser-Wilhelmstraße 6 eingebrochen und haben 48 verschiedene Stoffen, einige Decken, Tischchen und einen Pompadour, zusammen im Werte von etwa 80 Mk. gestohlen.

Einbruch. In der Nacht zum Montag ist ein Dieb in eine Restauration auf der Brommühlstraße eingebrochen und hat dort eine Geldtasche mit 5 Mk. entwendet.

Ein Raub gestohlen. Auf der Frankfurterstraße wurde in der Nacht zum 12. Juni von einem dort haltenden Wagen ein Raub im Werte von 60 Mk. gestohlen.

Taschendiebe auf dem Bahnhofs. Einer Schneidermeistersfrau von auswärts wurden am 8. Juni auf dem hiesigen Hauptbahnhof aus dem Handtäschchen ein Portemonnaie mit größerem Inhalt, ein Gewächschrein, ein Trauring und ein Paar Perlmutterohrringe gestohlen.

Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, zwei Schlüssel, ein goldener Ring, zwei Knabenmessen, ein Fahrrad „Excelsior“, ein Tropfenhelm, eine Kinderhandtasche, ein silbernes Armband, ein schwarzgebeidener Kamenschirm, eine Perrenuhr und ein schwarzer Spitzentragen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wien, 14. Juni. Der Vortragskursus des Genossen Dr. Duncker nahm am Montag Abend unter guter Beteiligung seinen Anfang. Gleich der erste Abend brachte den Beweis, daß der Bildungsausschuss mit der Wahl dieses Themas einem schon lange bestehenden Bedürfnisse Rechnung getragen hat. Genosse Dr. Duncker verstand es, in besonders klarer verständlicher Weise und in äußerst lebendiger Darstellung die Grundsätze in die Materie einzuführen und sofort die notwendige Fühlung und Ideenverbindung zwischen sich und den Zuhörern. Der aus diesem Lehrtun ersiehende Gewinn dürfte bei gleichem Interesse und gleicher Aufmerksamkeit auch an den folgenden Abenden nicht hoch genug zu veranschlagen sein, und die Durchbildung und Erziehung jedes einzelnen Teilnehmers zu klarem, zielbewussten Denken und Wollen dürfte schon bei den kommenden Reichstagswahlkämpfen ihre Früchte zeitigen. Besonders zu begrüßen ist es, daß während des Vortrages bzw. im Vortragslokal selbst jedes Servieren von Getränken unterbleibt und diese Bedürfnisse nur in der Pause am Buffet zu befriedigen sind, weiter auch, daß jedem Teilnehmer Schreibmaterialien unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, um die unbedingt notwendigen schriftlichen Aufzeichnungen vornehmen zu können. Die Genossen, die etwa am ersten Abend an der Teilnahme verhindert waren, werden ersucht, an den sieben kommenden Abenden nicht fern zu bleiben, zumal der Preis der Teilnehmerkarte für diese 7 Abende auf 70 Pf. herabgesetzt ist. Im übrigen aber wird unter allen Umständen für die nächsten Abende pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet.

Neueste Nachrichten.

Semannsstreit in England und Belgien.

Der nationale Verband der Seelente und Heizer in Southampton forderte die Mitglieder auf, für die Matrosen einen Minutalohn von 5/2, für die Oberbeizer und Maschinenschmied von 6/4, für die Heizer von 6 und für die Stewards von 4 Pfund Sterling zu verlangen. Die Leute, die sich bereits bekehrten, sollen ihren kontraktlichen Verpflichtungen nachkommen. Die Kohlenträger beschloßen fast einstimmig, die Vorschläge der Arbeitgeber zurückzuweisen. Der Zustand dauert daher fort. An der Verhinderung der Dampfer im Hafen arbeiten zurzeit gegen 700 Mann, die von auswärtig herangezogen worden sind.

Die Matrosen in Amsterdam weigerten sich, die vier Dampfer der königlichen Schiffahrtsgesellschaft, die an dem Tage, an welchem der Generalkontrakt abgeschlossen ist, abfahren sollen, zu bemannen. Ebenso weigerten sich die Matrosen, an Bord des Dampfers „Königin Wilhelmina“ zu gehen, der am 23. Juni zur Flottenflotte nach der See von Spithead in See gehen sollte. Der Streit umfaßt zurzeit 80 Matrosen.

Kabinettkrise in Frankreich.

Paris, 14. Juni. „Figaro“ schreibt: Heute bereits ist es ziemlich sicher, daß der Kabinettschef Ronis schon heute oder spätestens morgen nach dem Ministerrat dem Präsidenten der französischen Republik Fallières seine Demission und die des gesamten Kabinetts unterbreiten wird. Ronis, der nach dem bestimmten Ausspruch der Presse noch für mehrere Wochen an das Krankenbett gefesselt ist, hat sich nunmehr davon überzeugt, daß es für den Leiter der Regierung schlechterdings eine Unmöglichkeit ist, vom Bette aus die Geschäfte zu führen. Die Frage der Abgrenzung des Champagnegebietes bildet, wie berichtet wird, namentlich den Hauptgrund dieses Schicksals. Andererseits liegen aber auch die marokkanischen Angelegenheiten dem Entschlusse des Kabinetts nicht vollständig fern. Der friedliche Verlauf des Konflikts Frankreichs mit Spanien ist hier für jedermann, der einigermaßen in die politischen Dinge eingeweiht ist, zwar außer allem Zweifel, aber dieser Konflikt hat nach den Behauptungen mehrerer Mitglieder des Kabinetts das Bestehen einer Anzahl geheimer Verbindungen enthält, die wahrscheinlich noch zahlreiche Komplikationen in der Marokkofrage zeitigen werden, und die nach den Aussagen der beteiligten Minister noch eine ganze Reihe unangenehmer Maßnahmen der Regierung in dieser Frage notwendig machen werden.

Paris, 14. Juni. Ein drei Uhr Morgens ausgegebenes öffentliches Telegramm besagt, daß das Gericht, wonach das Kabinettschef Ronis sich mit Demissionsabsichten trage, daß zwischen dem Kabinettschef Ronis und den einzelnen Ministern arge Differenzen bestehen, die namentlich in den in den letzten Tagen stattgefundenen Konferenzen zwischen Ronis und den Mi-

nistern zutage getreten seien, und daß schließlich die Demission des gesamten Kabinetts auf diese Besprechungen und auf den Einfluß Ronis auf die einzelnen Minister zurückzuführen sei, vollständig ungetreulich sei. Es wird ausdrücklich betont, daß zwischen Ronis und den Mitgliedern des Kabinetts keine erheblichen Differenzen ausgebrochen seien, weder in der Frage der Abgrenzung des Champagnegebietes, noch auch wegen anderer Fragen.

Segelwetter.

Dubersadt, 14. Juni. Schwere Segelwetter vernichteten gestern Nachmittag in Südhannover, dem Vorcharge und auf dem Eichsfelde Gartengewächse und große Flächen Wintergetreide. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Stellenweise lag der Segel handhoch.

Ein mächtiger Brand am Bosporus.

Konstantinopel, 14. Juni. Ein mächtiger Brand, der nach Sonnenuntergang in Stutut ausbrach, zerstörte in kürzester Zeit im nordöstlichen am Bosporus gelegenen Viertel des asiatischen Stadtteiles mehr als 40 Häuser. In der stillen Vollmondnacht gewährte die Riesenlöwe, die weithin Dimmel und Meer in rote Blut tauchte, ein überwältigendes Bild. Da um diese Zeit keine Verbindung zwischen der europäischen und der asiatischen Rüste besteht, sind Einzelheiten über den Riesenbrand bisher noch nicht festzustellen gewesen.

Eine Spur Richters.

Saloniki, 14. Juni. Eine Verbarmeriepatrouille hat in der Umgebung von Uvadia in den Bergen eine Wissenschaft des von den Räubern immer noch festgehaltenen Ingenieurs Richters gefunden. Man nimmt hier an, daß Richter diese Karte wesentlich habe fallen lassen, um ein Lebenszeichen von sich zu geben und die Verfolger eventuell auf die Spur der Räuber zu führen.

Prag, 13. Juni. Hier wurde ein tschechischer Abgeordneter von seinem Gegner blutig geschlagen. — In der Bukowina erstickte ein Wähler einen Gemeindevorsteher, der sich durch Wahlfälschungen mißliebig gemacht hatte.

Zürich, 13. Juni. Die Wahlbeteiligung ist in ganz Zürich überaus lebhaft. In Gynau wurde der katholische konservative Obmann der Kellereigenossenschaft Franz Oberflammer von einem christlich-sozialen überfallen und blutig geschlagen, sodas er ohnmächtig liegen blieb.

Dover, 14. Juni. Im Kanal bei Dover scheiterte vor sieben Monaten der Finjmakter Breußen und konnte bis jetzt trotz verschiedener Versuche nicht wieder flott gemacht werden. Um nun das wertvolle Schiff, das größte Segelschiff der Welt, nicht verloren gehen zu lassen, hat sich jetzt der Besitzer, ein Hamburger Reederei, entschlossen, das Schiff in zwei Hälften zu zerlegen. Dadurch wird es möglich werden, die Breußen von dem Felsen, auf dem sie feststeht, freizumachen. Nach dieser Operation wird das Schiff wieder zusammengefügt werden.

Beziehungen der hiesigen Markt-Notierung & Konstantin.

Ware	ante		mittlere		geringe	
	hoch	niedr.	hoch	niedr.	hoch	niedr.
Weizen, weißer	20 20	19 20	19 20	18 20	18 20	17 20
Weizen, gelber	19 20	19 20	19 20	18 20	18 20	17 20
Roggen	16 20	15 20	16 20	14 20	14 20	13 20
Gerste	12 20	14 20	14 20	13 20	13 20	12 20
Hafer	17 20	16 20	16 20	14 20	14 20	13 20
Altsaat-Größen	25	22	21	20	19	18
Erbsen	19 20	19	17 20	16 20	16	15 20

Speise per 100 Sgr. 4.40-4.60 Mk.
Schnaps per 100 Sgr. 4.20-4.60 Mk.
Wein per 100 Sgr. 2.70-3.10 Mk.

Wiesener Weizenmarkt. Weizen feiner per 100 Sgr. inkl. End brutto, Weizenmehl 00 feiner 28.50-29.00 Mk., Roggenmehl 00 feiner 28.25 bis 28.50 Mk., Roggen-Gaudebuden feiner 28.25-28.75 Mk., Roggen-Gaudebuden feiner 11.00-11.50 Mk., Weizenmehl feiner 10.50-11.00 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Station	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
14. 6.	141 0,85 2,21	-0,12 3,32 1,34	4,54 2,38 1,16	0,00 5,02	-1,30 0,74 1,58				
13. 6.	143 0,90 2,25	-0,12 3,32 1,36	4,54 2,42 1,18	1,16 5,10	-1,10 0,97 1,60				
Witter	146 0,98 2,12	-0,42 2,46 2,07	4,07 2,38 1,08	1,56 5,06	0,14 1,98 1,15				

*) Aufstufungshöhe 1. Kolothy 3,50; für Dresden (Oder) Dyle-Niederung 8,25.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Mittwoch, den 14. Juni:
Handelshilfsarbeiter. Versammlung über die Sonntagsruhe im großen Saale.
Trambahnarbeiter-Verband. Versammlung im Saale.
Arbeiter-Radsportler. Versammlung im Zimmer 1.
Bauer. Versammlung. Zimmer 2.
Donnerstag, den 15. Juni:
Brauer- u. Mühlenarbeiter. Versammlung im Saale.
Französischer Unterricht. Abends 8 Uhr im Billardzimmer.
Fischer. Versammlung. Zimmer 2.
Stenographen. Übungsabend im Zimmer 3.
Sofiarbeiter - Maschinisten. Versammlung. Zimmer 5.
Arbeiter-Szenographen (System Irensd.). Übungsabend im Zimmer 5.
Stilheit des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Sonabend, den 17. Juni:
Schwimmverein „Poseidon“. Stiflungsfest.
Sonntag, den 18. Juni:
Freikonzert im Garten. Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Schiffszimmerer. Nachm. 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Montag, den 19. Juni:
Stilheit des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Wolfsbach-Agitation.
Sonntag, den 18. d. M., Morgens 8 Uhr, findet von dem Lokal von Kendaia, W. St. n. d. Stra. 58 aus eine Agitation für die „Wolfsbach“ statt. Wir ersuchen alle, besonders aber die Genossen der Nikolavorkstadt, um recht rege Teilnahme.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand)-Kreuzmarkt.
Sand-Distrikt 12 (Deutsche Garten, Aristern, Kleinhof). Mittwoch, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, bei Kiebel: Mitgliederversammlung. Referent: Redakteur Genosse Dars.
Sand-Distrikt 15 (Zschand). Donnerstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Vorstellung bei Wladislaw (früher Winkler) in St. Zschand. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin, zu erscheinen.
Sand-Distrikt 17 (Deutsche Siffa). Montag, den 19. Juni, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokal von Polgner. Vortrag des Genossen S. G. o. l. d. Tagesordnung äußerst wichtig. Erscheinen aller Genossen nötig.
Sand-Distrikt 20 (Gadow). Sonnabend, den 17. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

